

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Kein Abschied von der Mitte**

Martin Schürz

**Die Bewegung im Stillstand**

Georg Hubmann

**Sudan – eine Momentaufnahme vor dem 9. Juli**

Caspar Einem

**Längerer Urlaub?**

**Sinnvoll und leistbar!**

Markus Marterbauer



**POLAROID [IM]POSSIBLE**  
THE WESTLIGHT COLLECTION



# EDITORIAL

Kürzlich sprach sich Bundespräsident Heinz Fischer für eine **Vermögenssteuer** aus. Gründe dafür gibt es genug (wie auch schon in der ZUKUNFT mehrmals analysiert): Die obersten 10% der Bevölkerung halten einer Studie der ÖNB zufolge 92% des Gesamtvermögens (Geld und Immobilien) und die Schere zwischen Arm und Reich geht zunehmend und rasanter auseinander. Auch die Finanzkrise hat daran nichts geändert. Zur ungleichen Verteilung von Reichtum in Österreich meldete sich nun auch die OECD, der soziale Gleichheit an sich kein übermäßiges Anliegen ist, und empfahl neben Vermögensbesteuerung auch die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer. – Es ist nicht verwunderlich, dass Finanzministerin Maria Fekter, die so gerne von den »Leistungsträgern« spricht, um gegen Steuerprogression und Verteilungsgerechtigkeit zu Felde zu ziehen, eine Besteuerung von Vermögen und Erbschaften ablehnt. Das Argument aber, dass Vermögenssteuern die Falschen treffen würden, kann angesichts der Datenlage und der stärker werdenden Unterstützung, selbst in den Reihen des Großteils des ÖVP-Klientels, schon lange nicht mehr aufrechterhalten werden.

Den ersten Beitrag bildet diesmal eine Betrachtung über die **»gesellschaftliche Mitte«**, die in politischen Debatten omnipräsent ist und zugleich ein Mysterium darstellt. **Martin Schürz** beschäftigt sich mit den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Mitte und damit, wie die Sprache über die Mitte reale Verteilungsfragen ausblendet.

**Erhard Glötzl** widmet sich in seinem Beitrag **»Ackermann oder Ackermann«** den **Gewinnen der Finanzwirtschaft**. Über eine Unterscheidung von »echten« und sogenannten »Umverteilungsgewinnen« zeigt er die gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich schädlichen Praktiken auf den Finanzmärkten, im Bankensektor und im Rahmen der Staatsfinanzierung auf. Der »Umverteilungsmaschinerie« stellt er einige konkrete Forderungen nach Regulierung entgegen.

**Caspar Einem**, der kürzlich mit einer österreichischen Delegation den Sudan bereiste, analysiert anlässlich der Staatsenteilung die **aktuelle Lage des Sudan** sowie Herausforderungen, mit denen der neu gegründete Staat Südsudan kon-

frontiert ist. Er verhandelt dabei offene Fragen und mögliche Linien der Entwicklungen.

Eine Analyse der **»griechischen Tragödie«** liefert **Bernhard Bauer** in seiner Darstellung der Sparmaßnahmen, gegen deren harte soziale Einschnitte aktuell Hunderttausende in Streiks und Massendemonstrationen auf die Straße gehen. Bauer richtet sich darin gegen Argumentationen, die einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone fordern, aber auch gegen die Option eines Staatsschuldenschnitts.

Zum Thema der Krise der Sozialdemokratie stellt **Georg Hubmann** das **Reformprojekt »Morgen.Rot«** der SPÖ Oberösterreich dar, in dem die bisherige Parteiarbeit evaluiert wird und unter breiter Einbindung von Mitgliedern und Strukturen neue verbesserten Politikformen erarbeitet werden. Der Artikel arbeitet dabei Ursachen des Scheiterns von **Parteireformen** heraus und stellt einige Grundsätze für erfolgreiche Prozesse gegenüber.

Im Juniheft argumentierte Helene Schuberth gegen **»Nahrungsmittel als Spekulationsobjekt«**. Zu diesem Beitrag antwortet **Hubertus Hofkirchner** in **»Teure Nahrungsmittel«**, dass nicht die Prozesse der Finanzialisierung für das Problem überhoher Nahrungsmittelpreise verantwortlich gemacht werden können. Eine **Replik von Helene Schuberth** findet sich im Anschluss.

**Markus Marterbauer** rundet das Heft mit seinem Schlusswort ab und unterstützt Wolfgang Katzians Forderung nach einer **Ausweitung des Urlaubsanspruchs**. Urlaub ist nicht nur ein Höhepunkt des Jahreskalenders, sondern seine Verlängerung ermöglicht auch eine größere Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und stellt zusätzlich aus wirtschafts-, beschäftigungs- und umweltpolitischen Gründen eine kluge Maßnahme dar.

In diesem Sinne wünschen wir, bevor sich die ZUKUNFT in ihre kurze Sommerpause begibt, erholsame Tage und eine spannende Lektüre.

LUDWIG DVOŘAK  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



NOBUYOSHI ARAKI  
**UNTITLED**  
2010, PX 100 SILVER SHADE  
© NOBUYOSHI ARAKI

- 6 **Kein Abschied von der Mitte**  
VON MARTIN SCHÜRZ
- 11 **POLAROID [IM]POSSIBLE**
- 14 **Acker-Mann oder Ackermann**  
VON ERHARD GLÖTZL
- 20 **POLAROID [IM]POSSIBLE**
- 22 **Sudan – eine Momentaufnahme vor dem 9. Juli**  
VON CASPAR EINEM
- 28 **POLAROID [IM]POSSIBLE**
- 30 **Die Bewegung im Stillstand**  
VON GEORG HUBMANN
- 36 **Die griechische Tragödie**  
VON BERNHARD BAUER
- 42 **POLAROID [IM]POSSIBLE**
- 44 **Teure Nahrungsmittel –  
Windmühlenkampf oder seriöse Lösung?**  
VON HUBERTUS HOFKIRCHNER
- 46 **Replik**  
VON HELENE SCHUBERTH
- 48 **Buchtipps**  
Sachliches & Belletristisches
- 50 **Längerer Urlaub? Sinnvoll und leistbar!**  
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Kein Abschied von der Mitte

**Kaum eine soziale** Gruppe wird derart vereinnahmt wie die »gesellschaftliche Mitte«. – Martin Schürz geht der Frage nach, wer die »gesellschaftliche Mitte« eigentlich bildet und wie es um sie bestellt ist.

**D**ie klumpfüßige Bäckerfrau in Ödon von Horvaths Roman »Sechsenddreißig Stunden. Die Geschichte vom Fräulein Pollinger« liest die Hausbesitzerzeitung und meint besorgt zu ihrer Kundin Agnes Pollinger: »Der Mittelstand wird aufgerieben. Und was wird dann aus der Kultur? Überhaupt aus der Menschheit.« Eine tiefe Sorge um die Mitte scheint auch in Österreich alle zu einen.

Doch Agnes Pollinger, die bereits seit fünf Monaten arbeitslos ist, kennt bloß den Ärger, dass die Semmeln immer kleiner werden. »Was geht mich die Menschheit an?«, fragt sie sich. Diese Bedachtnahme auf das Vordringliche ist verständlich, denn vorab mutet es seltsam an, die Mitte in einer gesellschaftlichen Betrachtung zu bevorzugen. Soziale Ungleichheit erstreckt sich vom unteren bis zum oberen Rand einer Verteilung und möglicherweise finden die gesellschaftspolitisch besorgniserregenden Entwicklungen nicht in der Mitte, sondern ganz unten und ganz oben statt. Vielleicht ist Polarisierung das Thema und nicht die Befindlichkeit der Mitte.

Doch das schwer fassbare Phänomen der gesellschaftlichen Mitte scheint stets von neuem zu faszinieren. Geschichten von sozialem Abstieg (Prekarisierung, psychische Probleme) banen die Medien und die Politik beschwört den integrativen Charakter der Mitte. Die Diskussionen drehen sich zumeist um folgende Fragen: wer zählt zur Mitte, wie geht es der Mitte, schrumpft die Mitte, und welche Funktion hat sie in einer Postdemokratie? Dabei wird die Mitte der Gesellschaft entweder aus einer soziologischen Strukturperspektive, statistisch klassifizierend, mittels Sozialreportagen, oder entsprechend

gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen betrachtet. Diese Perspektiven widersprechen einander teils und lassen viele Fragen offen.

In einem gesellschaftlichen Befund von Oben und Unten – von sozialer Polarität – hätte die Mitte jedenfalls keinen Platz. Der Begriff Proletariat kennzeichnete eine durch Abhängigkeit von den Eigentümern der Produktionsmittel gekennzeichnete Klasse. Bei Mittelschicht ist eine analoge Bestimmung viel schwieriger. Die Mitte ist heterogen und gekennzeichnet durch unterschiedliche objektive Lagen, milieuspezifische Haltungen und biographische Verläufe.

Gemeinhin werden für die Feststellung der Mitte Merkmale der meritokratischen Triade (Beruf, Bildung, Einkommen) herangezogen. Leistung und Mitte sind also schon definitiv verknüpft. Dies liefert einen ersten Hinweis auf die Prominenz der Mitte für den politischen Diskurs. Das Brimborium zu den Leistungsträgern will suggerieren, dass gesellschaftliche Anerkennung vorrangig auf Leistungen basiert und die Mitte einen ausgezeichneten Ort besetzt. Die zentrale Einkommensquelle der Mitte ist Arbeit, während die Rentiers die Oberschicht prägen und Sozialtransfers die Unterschicht stützen. Die Rede von den Leistungsträgern findet ihren rationalen Kern darin, dass die Leistungsträger der Oberschicht wirklich leistungsträger sind als die Arbeitseinkommensbezieher, weil sie vorrangig von Erbschaften, Dividenden und Zinserträgen leben.

Für die Politik ist Mitte daher eine gesellschaftspolitische Zielgröße. Die Mitte wird als ein stabilisierender Faktor der

Demokratie betrachtet. Sie gilt als Trägerin gesellschaftlicher Integration in soziokultureller und politischer Hinsicht. Durch eine Erosion würden sich soziale Spannungen erhöhen. Vorgeblich geht es beim Reden über die Mitte um einen Ausgleich von Extremen. Doch das Bild von der Mitte der Gesellschaft ist diffuser als jenes der Reichen. Während zu den Reichen Erben, Rentiers, Unternehmer und Manager (insbesondere aus dem Finanzsektor) zählen, tummeln sich in der Einkommensmitte eine Vielzahl an Berufen, Bildungsabschlüssen und Vermögenspositionen. Über diese Kategorien ist die Mitte kaum zu fassen. Ihnen gemeinsame Interessen und Einstellungen, Konsumstile und Lebensvorstellungen zuzuordnen, ist noch schwieriger.

### STATISTISCHE KUDDELMUDEL ZUR MITTE

Statistisch betrachtet wäre die Mitte der Median, jener Wert, der eine Verteilung in zwei gleich große Hälften teilt. Von der Mitte als dem Durchschnittsösterreicher zu sprechen, ist in Verteilungsfragen unsinnig, denn der Durchschnitt wird durch sogenannte Ausreißer verzerrt. Ein einziger Milliardär in einer großen Gruppe von Habenichtsen macht alle im statistischen Durchschnitt zu Millionären. Und bereits bei der Frage, ob der Median vom Einkommen oder vom Vermögen zur Beurteilung herangezogen werden soll, stellen sich Probleme. Allein wegen mangelnder Datenverfügbarkeit endet die ökonomische Forschung zumeist beim Einkommen.

Die Grenzziehung – bei welchem Einkommen beginnt die Mittelschicht und wo endet sie? – erfolgt stets willkürlich. Direkt bei der Armutrisikoschwelle (60% des Median) wird man die Mitte nicht beginnen lassen wollen. Ansonsten zählen Menschen mit einem Euro über der Armutgefährdung bereits zur ominösen Mittelschicht. Doch welcher Abstand der Mitte nach Unten gewählt wird, ist arbiträr. Im konservativen intellektuellen Zentralorgan *Merkur* machte sich unlängst Jürgen Kaube in einer Soziologiekolumne zu »Mittelschicht, Klassengesellschaft« bemüht geistreich über diese augenscheinliche Willkür bei der Festlegung der Mittelschicht

lustig. Wenn man nicht mal wisse, worüber man spreche, so der Tenor, kann es sich auch nicht um ein wichtiges Thema handeln. Doch eher belegt die Zahlenklauberei zur Mitte den Bourdieu'schen Einwand gegen substantialistische Zugänge. Es ist verfehlt, isolierte Einheiten der Gesellschaft zu betrachten. Stets müssen die Beziehungen beachtet werden. Die Mitte muss in Relation zu Oben bzw. zu Unten analysiert werden.

Die ökonomische Literatur begnügt sich damit, die Einkommensgrenzen für die Mittelschicht bei 75 % bis 125 % des Median zu legen. Bei 126% des Medianhaushaltseinkommens (etwa 2.400 Euro) würde dann Reichtum beginnen. Ein abstruses Ergebnis wäre, dass Kindergärtnerinnen mit langen Beschäftigungsverhältnissen zu den Reichen zählen könnten. Damit wäre der Begriff des Reichtums wirtschaftspolitisch unbrauchbar und der gesellschaftliche Befund wäre operettenhaft, alles ist halt relativ.

Markus Marterbauer macht in seinem neuen Buch »Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle« hingegen einen gesellschaftspolitisch gehaltvollen Alternativvorschlag. Er lässt die Mitte vom 10. Einkommensperzentil bis zum 90. Perzentil (etwa 4.500 Euro Haushaltsnettoeinkommen) reichen. Dies ist sinnvoll, da eine solche breite Grenzziehung der Mitte lächerliche statistische Fliegenbeinzählereien – wer ist schon reich? – vermeidet und den analytischen Blick auf die gesamte Verteilung richtet, mit einem Schwerpunkt auf den problematischen Rändern.

### DIE RÄNDER WERDEN WICHTIGER

DIW-Forscher belegen anhand von Daten des sozioökonomischen Panels für Deutschland, dass die Mittelschicht nach einer längeren Phase der Ausweitung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in jüngerer Zeit schrumpft. Mittelschicht ist auch hier nur eine über das Einkommen definierte Gruppe (70% bis 150% des Medians). Das bedarfsgewichtete Äquivalenzzahaleinkommen der Mitte reicht von 860 Euro

bis 1.844 Euro. Die DIW-Befunde deuten auf ein Schrumpfen der Zahl von Personen in mittleren Lebenslagen und auf ein Wachstum an den Rändern der Gesellschaft hin. Der Abstand der Mitte nach Unten wird größer und jener nach Oben wächst stark an.

Die EU-SILC Daten für Österreich erlauben nicht von einem Schrumpfen der Einkommensmitte in den letzten Jahren zu sprechen. Das Niveau des Haushaltseinkommens wird durch die angestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen stabilisiert. Diese Diagnose einer relativen Stabilität in der Mitte wird auch durch Befunde, die eine Verfestigung von Armutslagen konstatieren, gestützt. Manchen Gruppen (alleinerziehende Frauen, gering Qualifizierte, Migranten) ist der Zugang zur Mitte der Gesellschaft verwehrt.

Das Armutsrisiko liegt für die Mitte immer noch deutlich unter jenem der Arbeiterklasse. Nach harten Armutskriterien sind mittlere Lagen bislang nicht gefährdet. Für Deutschland etwa zeigt sich, dass der Anteil der großen Gruppe im gesicherten Wohlstand über die letzten 25 Jahre hinweg relativ stabil geblieben ist. Eine Krise in Form einer Entgrenzung von Armut bis hinein in die Mittelschichten lässt sich nicht beobachten. Statistisch kann am ehesten ein Kuddelmuddel zur Mitte diagnostiziert werden.

### UNBEHAGEN IN DER MITTE

Die Wahrnehmungen von Mobilitätsprozessen, die nach Oben stocken, und nach Unten drohen, könnten allein eine Mechanik der Angst in der Mitte in Gang setzen. Durch ihre Sandwichposition sind der Mitte der Statusfatalismus der Unterschicht und die Stausicherheit der Oberschicht fremd. Und ein Näherrücken von Unten (etwa mehr Migrantenkinder in der Schule) könnte diffuse Abstiegsängste in einer Status-quo-fixierten Mitte auslösen.

Sicherheitsstreben ist ein klassischer Wert, den man der Mittelschicht zuschreibt. Vermögen gibt Sicherheit und wenn

es hinreichend hoch ist, so kann diese Sicherheit sogar noch an die Nachkommen vererbt werden. Doch bereits beim Versuch, die Mittelschicht über Hauseigentum zu definieren, zeigt sich, dass es sich in Österreich eben um keine Eigentümergesellschaft handelt. Denn fast die Hälfte der Haushalte besitzt nichts und wäre daher eigentlich nicht mittelschichtfähig. Und auch beim Finanzvermögen ergibt sich ein polarisiertes Gesellschaftsbild. Fast das gesamte Vermögen wird vom obersten Drittel gehalten. Die eklatante Vermögensungleichheit könnte das besorgte Rasonieren zur Mitte leicht entlarven. Die zwiebelartige Dreischichtenwelt ist eine Illusion zur Verschleierung der gesellschaftlichen Polarisierung.

### DISKRIPANZEN

Ein Irrglaube wäre es zu meinen, dass sich die Mitte der Oberschicht so nahe sehe. So fühlen sich fast 40% der Personen, die über ihr Einkommen zur Mitte zählen würden, der Unter- und Arbeiterschicht zugehörig. Dies zeigen empirische Befunde für Deutschland. Diese Identifikation mit Unten ist besonders hoch bei Facharbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern und Mietern, sowie bei Personen, deren Vater ein Arbeiter war. Subjektive Schichtestufung und objektive Einkommensschichtung fallen jedenfalls nicht zusammen. Umgekehrt fühlt sich von der Mitte übrigens fast niemand der Oberschicht zugehörig.

Diagnostiziert wird aber auch, dass die Mittelschicht von Problemen geschüttelt sei. Vom Staat werde sie steuerlich ausgenommen, ihr Aufstieg ist blockiert, ihr Abstieg droht und der steigende Verbrauch von Antidepressiva indiziere die zunehmenden psychischen Ängste. Doch das Schlimmste befürchten und Schlimmes erleiden fallen nicht zusammen. Die sozialstrukturelle Dynamiken und der Diskurs über diese Phänomene können auseinanderfallen. Insbesondere die Diskrepanz zwischen objektiver Lage und subjektiver Einschätzung ist erklärungsbedürftig. Unsere Hypothese ist, dass zwei gesellschaftspolitische Projekte kollidieren: das neoliberale Projekt der Eigentümergesellschaft und jenes des keynesianischen Wohlfahrtsstaates.



Bürgerliche Demokratie setzt auf Tugenden in der Mitte. Max Weber zitierte in der protestantischen Ethik die These, dass nur der »Mittelstand« Träger der Tugend sein könne. Mittelstand wurde als bürgerliche Klasse im Gegensatz zur Aristokratie gedacht, in dem Sinn, »daß sowohl ›Luxus‹ als ›Not‹ die Tugendübung hindere«. Zur gesellschaftlichen Mitte gehört dann vorgeblich auch die innere Mitte der Contenance.

In einer neoliberalen Gesellschaft verliert die Mitte diese integrative Aufgabe. Die Gesellschaft zerfällt in Habenichtse und Besitzende. Die Mitte wird zum Sehnsuchtsort und Erfolg tritt an die Stelle von Leistung. Doch die reichen Rentiers sind im Gegensatz zu den Unternehmern noch kein gesellschaftliches Leitmodell. In Österreich zählt sich fast niemand zum obersten Fünftel der Vermögensverteilung. Jener Bereich der Verteilung, der statistisch von 20% besetzt sein muss, ist in der Wahrnehmung unbesetzt. Niemand gibt an, dass er mit seinem Vermögen ganz Oben stehe.

Dies kann bei reichen Menschen zwei Gründe haben: erstens, die Reichen wissen halt nicht, dass sie reich sind: so sagen noch Leute mit einigen 100.000 Euro an Vermögen, dass sie in der Mitte der Gesellschaft zu reihen sind. Dann wäre datenbasierte Aufklärung notwendig. Daten der OeNB zeigen, dass die obersten 10% ein durchschnittliches Geldvermögen von 300.000 Euro haben und dass man mit Immobilienvermögen in der Höhe von 500.000 Euro bereits zu den obersten 10% zählt. Wahrscheinlich ist aber auch ein psychischer Abwehrmechanismus der Verdrängung am Werk. Eine Ahnung von ihrem Reichtum haben die Reichen vermutlich ohnehin, aber im manischen Abwehren der aufkommenden Schuldgefühle über die unverdienten Privilegien, geben sie vor, die Mitte zu bilden, wenigstens auch dazuzugehören und jedenfalls nicht am Rand zu stehen. Die Reichen tun dies im Gegensatz zu den Armen sogar mit dem Risiko von Distinktionsverlusten. Da wird aus dem mächtigen Bankengeneraldirektor ein kleiner Jäger, aus dem reichen CEO wird ein bescheidener Mann, der superreiche Investmentbanker

nur bedauert, weil Geld ja nicht glücklich mache. Für diese Reichen gilt eben nicht, in Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod. Sondern umgekehrt schwant ihnen, die beste Verstellung in Zeiten der Empörung ist das Kostüm der wertorientierten Mitte. Erst eine imaginierte Mitte stellt sicher, dass ein latent vielleicht doch noch drohender Klassenkonflikt zwischen Unten und Oben nicht ausbricht. Und ihre Charity-Aktivitäten für die *deserving poor* zeigen nur vordergründig sittliche Verbundenheit mit Schlechtgestellten. Ihre eigentliche PR-Aufgabe ist es, die ethische Superiorität der Vermögenden zu demonstrieren. Die reichen Wohltäter werden zu den neuen Botschaftern der Armen.

## LEBENSWÜNSCHE

Gestärkt wird die Mitte durch den Wohlfahrtsstaat und geschwächt wird sie durch einen unreglementierten Markt. Gefeierte wird sie als harmonisches Bild von den neoliberalen Befürwortern einer Eigentümergesellschaft. Historisch ermöglicht wurde die Mitte aber von einem egalitären Gesellschaftsprojekt. Die neoliberale Eigentümergesellschaft, eine Gesellschaft, die sich über das Streben nach privatem Eigentum definiert, rechnet mit Menschen, die ihre Identität über Eigenheim und Aktienbesitz konstituieren. Sie kennt vorgeblich keine Klassengegensätze. Klar hätten weiterhin einige wenige die Paläste und der anderen Träume vom Eigenheim blieben Schäume, aber zusammengehalten wäre die Gesellschaft über geteilte gesellschaftliche Ambitionen. Einige wenige erreichen die materielle Absicherung über privates Eigentum und für die anderen bleiben die Sirenenklänge dazu.

Die von der us-amerikanischen Regierung eingesetzte »Task Force on the Middle Class« kommt 2010 zum Schluss, dass Familien aus der Mittelschicht eher über ihre Lebenswünsche als über ihr Einkommen zu charakterisieren sind. So streben sie nach Wohneigentum, wollen ein Auto, eine universitäre Ausbildung für die Kinder, eine Kranken- und Altersversicherung und gelegentliche Urlaube. Für Familien (zwei Erwachsene und zwei Kinder) mit einem Jahreseinkom-


men von USD 51,000 (25. Perzentil der Einkommensverteilung in den USA) bis zu Familien mit USD 123,000 (75. Perzentil) könnten sich diese Hoffnungen unter bestimmten Annahmen zu den Immobilienpreisen ausgehen. Nur, bereits eine zerberstende Immobilienblase zerstört dieses fragile Konstrukt der Mitte.

Doch diesen *american dream* müssen wir nicht importieren. Denn eine unbehauste Mitte müsste nicht zwangsläufig nach Immobilieneigentum streben, sofern es preiswerte Wohnungen gibt. Ein effektiver öffentlicher Wohnbau ist entscheidend. Der Schlüssel zu einem vernünftigen Diskurs zur Mitte ist darin zu sehen, dass es qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen des Sozialstaats gibt. Geschaffen wird die Mitte über öffentliche Dienstleistungen und verloren geht sie über deren Privatisierung. Kosten Schule und Unis nichts, ist der Arztbesuch und Spitalsaufenthalt gratis, und gibt es eine hinreichende Absicherung im Alter, braucht man kein Vermögen, um zur Mitte zu zählen.

### ÄNGSTE DER MITTE

Ironisch könnte man vermuten, die Mitte leidet, weil sie so viel über sich spricht. Über Solidarität mit Unten (Asylannten, Altersarmen, Arbeitslosen, Alleinerzieherinnen) könnte die Mitte die eigenen Lebensrisiken auch verkleinern. Dann würde ein möglicher sozialer Abstieg auch weniger Angst erzeugen. Je stärker es aber im Blätterwald zu den Ängsten der Mittelschicht rauscht, desto eher werden die Armen vergessen und desto ohnmächtiger werden die Rufe nach einer Vermögenssteuer. Die Furcht vor einem Elend in der Mitte hilft der Politik gemeinsam mit den Reichen Nebelgranaten zur Empörungsableitung steigen zu lassen.

André Gorz hatte bereits 1980 in seinem Abschied vom Proletariat die schwindende Bedeutung des Klassenkampfes hervorgestrichen. Die Mitte hingegen bleibt ein umkämpftes Terrain. Von der Mitte werden wir uns nicht verabschieden müssen. Denn das Schwadronieren zur Mitte garantiert, dass

die Reichen nicht sichtbar werden. Im neoliberalen Gesellschaftsentwurf fungiert die Mitte als ideologischer Deckmantel der antagonistisch zerrissenen Wirklichkeit und in der emanzipatorischen Gegenkonzeption bleibt sie vages Ziel sozialen Zusammenhalts. Die entscheidende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aufgabe bestünde aber darin, die massive Vermögenskonzentration zu verkleinern. 



HELMUT NEWTON  
**UNTITLED**  
1976, POLAROID SX-70  
© HELMUT NEWTON ESTATE

**POLAROID [IM]POSSIBLE**  
THE WESTLICHT COLLECTION



*fancy cake IV*



PAUL DE NOOJER  
**FANCY CAKE IV**  
1977, POLAROID SX-70  
TRIPTYCH  
© PAUL DE NOOJER



Paul de Noijer 8-11-'77

**Legendäre Polaroids von Ansel Adams bis Andy Warhol**  
Zum 10-Jahre-Jubiläum lässt WestLicht in einer einzigartigen Ausstellung die ungebrochene Faszination des analogen Sofortbildes hochleben. Das Wiener Fotomuseum zeigt einen repräsentativen Querschnitt aus der legendären Sammlung von Polaroid-Erfinder Edwin Herbert Land. Land ließ ab den 1960ern Künstler und Fotografen mit Polaroid-Material experimentieren. Mehr als 350 Werke von rund 150 internationalen Künstlern und Fotografen sind bis 21. August zu sehen. Die Namen der Künstler reichen von Landschafts-Meisterfotograf Ansel Adams bis zu Pop-Artist Andy Warhol. Unterschiedlichste künstlerische Konzepte aller Genres von Mode bis Architektur spiegeln in Collagen, opulenten Arrangements und extravaganten Inszenierungen den Zeitgeist vergangener Jahrzehnte eindrucksvoll wider.

**WestLicht.**  
**Schauplatz für Fotografie**  
[www.westlicht.com](http://www.westlicht.com)  
17. Juni bis 21. August 2011  
Di, Mi, Fr: 14 bis 19 h  
Do: 14 bis 21 h  
Sa, So, Feiertag: 11 bis 19 h  
Montag geschlossen

# Acker-Mann oder Ackermann

**Gewinne der Finanzwirtschaft** und steigende Ungleichheiten als deren Kehrseite bestimmen unsere Gesellschaft in zunehmendem Ausmaß. Erhard Glötzl analysiert die Finanzwirtschaft als Umverteilung zu Lasten anderer ohne gesamtgesellschaftlichen Nutzen und empfiehlt u. a. direkte staatliche Geldschöpfung als neue Finanzierungsquelle.

**D**er Acker-Mann bestellt unter Mühen den realen Acker und erntet am realen Markt einen bescheidenen realen Gewinn. Der Ackermann hingegen bestellt den Finanzacker und erntet ohne Mühen an den Finanzmärkten unmäßige Umverteilungsgewinne.

Der Begriff »Gewinn« ist gesellschaftlich in der Regel positiv besetzt, weil damit im Allgemeinen gemeint wird, dass ein Unternehmen durch gute Unternehmensführung und die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter einen Mehrwert geschaffen hat, der letztlich nicht nur den Eigentümern, sondern auch der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Dieses Grundprinzip war insbesondere für die Aufbaujahre nach dem Krieg bis in die 70er Jahre bestimmend und führte zur Zunahme des allgemeinen Wohlstandes. Volkswirtschaftlich war diese Zeit dadurch charakterisiert, dass die realen Wachstumsraten über den realen Gewinn- bzw. Zinsraten lagen. Seither beginnt sich das Blatt immer stärker zu wenden. Die realen Wachstumsraten fallen immer weiter unter die realen Gewinn- bzw. Zinsraten, die Finanzwirtschaft koppelt sich immer stärker von den realen Märkten ab und gleichzeitig nimmt die Ungleichheit in der Gesellschaft immer stärker zu. Die Finanzwirtschaft fungiert gleichsam als gewaltige Umverteilungsmaschine, die großflächig immer mehr Geld absaugt, um es an wenige zu verteilen.

Für das Verständnis wesentlich ist die Unterscheidung von »echten Gewinnen« und »Umverteilungsgewinnen«. Dabei soll von einem echten Gewinn immer dann gesprochen werden, wenn bei dem zugrunde liegenden ökonomischen Prozess ein realer Mehrwert geschaffen wird. Ein reiner Umverteilungsgewinn hingegen liegt dann vor, wenn kein realer Mehrwert geschaffen wird und der Gewinn des einen gleich

hoch ist wie der Verlust von anderen. Die Grundformen von Umverteilungsgewinnen sind – abgesehen von Wetten, Glücksspielen und Spekulation – Diebstahl, Arglist, Raub und Machtmissbrauch.

Grundsätzlich kann ein real geschaffener Mehrwert eines Unternehmens an Eigentümer, Management oder Arbeitnehmer ausgeschüttet werden, für Investitionen einbehalten werden oder in Form von Steuern an den Staat abgeführt werden. Ohne auf Details hier eingehen zu wollen, sind solche realen Unternehmensgewinne jedenfalls grundsätzlich gesamtgesellschaftlich positiv zu bewerten. Umverteilungsgewinne hingegen bringen keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen und sind daher im Regelfall gesellschaftlich schädlich.

## 1. Umverteilungsgewinne auf den Finanzmärkten

Die Möglichkeiten, auf den Finanzmärkten Umverteilungsgewinne zu erzielen, haben sich durch die Entwicklung sogenannter »innovativer« Finanzprodukte dramatisch erhöht. Insbesondere wurde durch deren bewusst herbeigeführte Komplexität erreicht, dass eine Umverteilung von den Uninformierten zu den Informierten damit wesentlich erleichtert wurde und der Graubereich zwischen legalen Methoden und illegalen Methoden wesentlich verbreitert wurde. In diese Kategorie fallen insbesondere auch die sogenannten »asymmetrischen Produkte«, bei denen der Gewinn zwar geteilt, der Verlust aber nur zu Lasten des Kunden geht, sowie Produkte, bei denen heute gutes Geld gegen vage künftige Versprechen getauscht wird. Verstärkt wurde diese Entwicklung dadurch, dass die Regulierungsbehörden entweder von der Komplexität und der Geschwindigkeit, mit der neue Finanzprodukte auf den Markt gekommen sind, überfordert waren oder schlimmer noch, die Interessen der Finanzmärkte und damit

deren Macht sogar unterstützt haben. Zur Erzielung von Umverteilungsgewinnen auf den Finanzmärkten gibt es mehrere Methoden:

Derivate (Termingeschäfte im weiteren Sinn): Bekanntlich ist der Umfang der reinen Handelsaktivitäten mit Derivaten in den letzten Jahren explosionsartig angewachsen und beträgt ein Vielfaches des für die Realwirtschaft notwendigen Handels. Offensichtlich wäre das niemals geschehen, wenn damit nicht sehr hohe Gewinne hätten gemacht werden können. Manchmal wird argumentiert, dass durch diese reinen Finanzaktivitäten sehr wohl ein realer Mehrwert geschaffen wird z.B. in Form der Optimierung von Risikoverteilung, Handelsströmen und Lagerhaltung. Tatsächlich mögen diese Argumente für einen kleinen Teil dieser Aktivitäten zutreffen, für die weitaus überwiegende Anzahl gilt dies aber jedenfalls nicht. Wenn es sich dabei aber in der Regel also um reine »Umverteilungsgewinne« handelt, stellt sich die Frage, wer der Verlierer dabei ist, der letztlich die Gewinne und die anfallenden Kosten finanziert und wie und warum diese Verlierer überhaupt »mitspielen«. Grundsätzlich gibt es darauf zwei Antworten:

Antwort 1 – Asymmetrische Information / Werbung: Bei einem fairen Glücksspiel gibt es im Mittel keinen Gewinner und keinen Verlierer. Fallen dabei auch Kosten an, gibt es im Mittel nur Verlierer. Bei einer Wette allerdings, kann jeweils der mit der besseren Information im Mittel gewinnen. Diese Informationsvorteile dürften auf wenige konzentriert sein oder wie es Stefan Schulmeister formuliert: »Viele Schafe gehen auf die Weide und werden dort von wenigen Schäfern geschoren.« Der wichtigste Grund, dass die Schafe trotzdem in immer größerer Zahl auf die Weide gehen, liegt in der intensiven Werbung der Schäfer, die im Sinne unserer Nomenklatur wohl schon eher als arglistige Täuschung einzustufen ist.

Antwort 2 – Machtmissbrauch / Spekulation: Zwischen denjenigen, die realwirtschaftliche Güter tatsächlich regelmä-

ßig verkaufen bzw. kaufen müssen und den Spekulanten, die nicht unter einem gleich hohen Handlungsdruck stehen wie die Realwirtschaft, bestehen unterschiedliche Machtverhältnisse. Der Handlungsspielraum für Spekulanten wurde immer weiter geöffnet. Diese Machtverhältnisse können ausgenützt werden, um einen kleinen aber andauernden Preisvorteil am Markt durchzusetzen, der zu entsprechenden Umverteilungsgewinnen von der Realwirtschaft zu der Spekulationswirtschaft führt.

Trendfolgefonds: Trendfolge-Fonds produzieren ansehnliche Gewinne unabhängig davon, ob tatsächlich bei den zugrundeliegenden Firmen oder durch den Handel mit diesen Produkten ein realer Mehrwert geschaffen wird oder nicht. Sie führen damit zu Umverteilungsgewinnen durch reinen Handel. Die Verlustträger sind alle anderen, die kaufen oder verkaufen (nicht jedoch die Besitzer, solange sie nicht verkaufen). Durch diese »Umverteilungsmaschinen« werden weder gesamtwirtschaftliche noch gesellschaftliche Vorteile generiert. Im Gegensatz zum »normalen« Marktmechanismus führen Trendfolge-Strategien zu einer Verstärkung des jeweiligen Trends (positive Rückkopplung) der Preisentwicklung und führen damit durch Kursmanipulation im weiteren Sinn zu den entsprechenden Umverteilungsgewinnen. Darüber hinaus ist die dabei hervorgerufene Destabilisierung der Kursentwicklungen jedenfalls gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich unerwünscht. Diese Form der Handelsstrategie ist jedenfalls theoretisch zu verbieten, wenngleich eine rechtliche Umsetzung weder leicht durchzuführen noch leicht durchzusetzen wäre.

Insiderhandel: Insiderwissen bedeutet Macht. Beim Insiderhandel wird diese Macht für die Erzielung eines persönlichen Vorteils zu Lasten von anderen missbraucht. Daher ist Insiderhandel zu Recht gesellschaftlich geächtet und gesetzlich verboten. Marktmanipulation im engeren Sinn: Unter Marktmanipulation im engeren Sinn versteht man Praktiken, mit denen durch unfaire Methoden die Preise oder Kurse auf Märkten beeinflusst werden, um Umverteilungsgewinne zu

erzielen. Dabei steht also einem Gewinner eine Vielzahl von Verlustträgern gegenüber, die weder daran aktiv beteiligt sind noch davon etwas bemerken. Zu Recht sind diese Praktiken rechtlich verboten.

**Leverage-Effekt:** Mithilfe des Leverage-Effektes kommt es zu einer Verstärkung der Umverteilung der Gewinne von Fremdkapital zu Eigenkapital und damit zu einer generellen Erhöhung der Umverteilungsgewinne, sofern das Eigenkapital zur Erlangung von Umverteilungsgewinnen eingesetzt wurde.

**Gesellschaftliche Bewertung:** Der überwiegende Teil der auf den Finanzmärkten erzielten Gewinne ist offensichtlich den Umverteilungsgewinnen zuzurechnen. Sie tragen daher wesentlich zu der rasch zunehmenden Ungleichheit in der Gesellschaft durch die Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft bei. Es ist daher eine vordringliche Aufgabe der Politik, das Bewusstsein für diese Problematik zu fördern und Wege zu finden, diese Entwicklung einzuschränken.

## 2. Umverteilungsgewinne im Bankenbereich

Der wesentliche Unterschied zwischen Bilanzen von Banken und Bilanzen von Unternehmen der Realwirtschaft zeigt sich an der Liquidität. Wenn ein Unternehmen schlecht wirtschaftet oder wenn über Bilanzmanipulationen höhere Gewinne vorgetäuscht werden und diese auch ausgeschüttet werden, kommt es sehr rasch zu Liquiditätsengpässen, die letztlich schnell zur Insolvenz führen. Nur ein gesundes Unternehmen kann seine Liquiditätserfordernisse dauerhaft befriedigen. Für Banken ist die Liquiditätsbeschaffung wesentlich leichter, weil sie letztlich immer die Möglichkeit haben, sich bei der Notenbank als »lender of last resort« günstig Liquidität zu beschaffen. Der Zeitpunkt, zu dem Liquiditätsprobleme offenkundig werden, kann daher viel weiter hinausgezögert werden als bei Unternehmen der Realwirtschaft. Aus diesem Grund ist es für Banken möglich, für lange Zeit über Bilanzmanipulationen hohe Gewinne vorzutäuschen und diese auch an Aktionäre und Manager auszuschütten.

Anreize zur Ausweisung erhöhter Gewinne durch Bilanzmanipulationen: Das Bestreben, durch Bilanzmanipulationen immer höhere Gewinne auszuweisen, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Wesentlichen sind dafür folgende Punkte bestimmend gewesen:

a) Durch die Bewertung nach IFRS anstelle von UGB findet eine Umorientierung statt, in der nicht mehr der Gläubigerschutz, sondern in erster Linie die Eigentümerinteressen ausschlaggebend sind. Die neuen Regeln bieten eine breite Palette von verschiedenen Möglichkeiten zur Bewertung von Aktiva. b) Senkung der Körperschaftsteuer: Je niedriger in der letzten Zeit der Körperschaftsteuersatz geworden ist und je kurzfristiger das Interesse der Eigentümer geworden ist, desto mehr überwiegt das Interesse der Eigentümer, hohe Gewinne auszuweisen und damit hohe Gewinnausschüttungen zu rechtfertigen. c) Steueroasen: Besonders attraktiv ist die Verschiebung von Gewinnen zu Tochtergesellschaften in Steueroasen. Diese Gewinne führen einerseits zu keiner österreichischen Körperschaftsteuer, andererseits können damit trotzdem hohe Dividenden und Boni ausgeschüttet werden. d) Banken als Sonderfall: Die besonders hohen Bonuszahlungen für das Management und die Eigenkapitalausstattung bei Banken verstärken diesen Trend zusätzlich. Zusätzliches Eigenkapital ermöglicht zusätzliche Kreditvergaben und damit zusätzliche Gewinne durch diese Geschäftsausweitung. Methoden zur Manipulation von Bankbilanzen:

Den Banken stehen folgende Methoden offen: a) Höherbewertung von Aktiva: Mittels des Prinzips der »fair-value-Bewertungen« können Banken durch gegenseitige Verkäufe von bspw. Liegenschaften über dem Buchwert auch ihre anderen Liegenschaften höher bewerten und so ihre Bilanzen vervielfachen. Darüber hinaus bieten grundsätzlich alle Bewertungen, die auf der Erzielung zukünftiger Erträge (»discounted cashflows«) aufbauen, einen enormen Spielraum für Bewertungen, die weit über den tatsächlichen Verhältnissen liegen können. Ein breites Feld für Aufwertungen ist auch im Zuge von Unternehmenskäufen durch die Festlegung des



»good will« möglich. b) Vermeidung der Abwertung von Aktiva: Repo-Geschäfte werden nicht nur zur kurzfristigen Liquiditätssteuerung eingesetzt, sie können auch missbräuchlich zur Verschleierung von Abwertungsbedarf bei Aktiva eingesetzt werden. c) Kreislaufgeschäfte bei Kapitalerhöhungen: Durch solche Prozesse können auf illegale Weise Verbindlichkeiten entweder in Eigenkapital oder auch in Eventualverbindlichkeiten umgewandelt werden. Beides führt zu einem entsprechend höheren Gewinnausweis. d) Rückstellungen (Drohverluste): Fehlende oder zu niedrige Rückstellungen für drohende Verluste auf der Passivseite der Bilanz führen genauso zu einem Umverteilungsgewinn wie zu hohe Bewertungen von Aktivposten.

Realisierung von Bewertungsgewinnen: Das Wesen der Bewertungsgewinne liegt darin, dass sie rein buchmäßig sind und nicht am Markt durch Verkauf realisiert (in liquide Mittel umgewandelt) werden können, weil sie nicht durch reale Werte gedeckt sind. Das Problem entsteht bei Auszahlung dieser Bewertungsgewinne als Dividenden und Boni an Aktionäre und Manager. Die liquiden Mittel dafür kommen aus neuen Spareinlagen, die den Banken zugeführt werden. Obwohl nach UGB reine Bewertungsgewinne nicht ausgeschüttet werden dürften, werden sie oft ausgeschüttet, weil sie nicht als solche offen erkennbar sind. Es kommt dabei zu einem Umverteilungsgewinn, weil die Forderungen der Sparer nun nicht mehr gedeckt sind. Genau diese Vorgänge sind im Laufe der Finanzkrise abgelaufen.

Versagen von Wirtschaftsprüfern und Ratingagenturen: Im Zuge der Wirtschaftskrise wurde offensichtlich, dass heute weder Wirtschaftsprüfer noch Ratingagenturen imstande sind, die wirtschaftliche Lage der Unternehmen richtig einzuschätzen. Offensichtlich begnügen sich die Prüfer mit einer formalen Prüfung der vorgelegten Daten, ohne deren Plausibilität ernsthaft zu hinterfragen und zu prüfen. Steueroasen: Durch die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen wird der Umverteilungseffekt von Umverteilungsgewinnen zu Gunsten der Banken und zu Lasten der Allgemeinheit noch verstärkt.

Eigengeschäft der Banken: Als Grundprinzip beim Verleihen von Geld gilt, dass Geld nur gegen die Hinterlegung von entsprechenden Sicherheiten verliehen wird. Dies gilt sowohl für das Notenbankgeld, das die Notenbank den Geschäftsbanken beim Geldschöpfungsprozess verleiht, als auch für die Kreditvergabe von Geschäftsbanken an Nichtbanken. Wenn eine Bank ihre Einlagen allerdings für Eigengeschäfte nutzt, fallen Sicherheiten wie bei der normalen Kreditvergabe weg. Zusätzlich ist der Anteil an Eigenkapital, das als Sicherheit dienen könnte, im Bankenbereich wesentlich niedriger als bei einem kreditfinanzierten realen Investitionsprojekt gegenüber der finanzierenden Bank. Durch die Ausweitung der Eigengeschäfte der Banken auf Kosten der Kreditvergabe für reale Projekte wird daher die Sicherheit des Sparerers vermindert, was einem Umverteilungsgewinn vom Sparer zur Bank gleichkommt.

Eine wesentliche Schlussfolgerung besteht daher in der Forderung der strengen Trennung des Bankensystems in Geschäftsbanken, die keine Eigengeschäfte durchführen dürfen und Investmentbanken, denen dies erlaubt ist. Damit werden auch die dahinterliegenden Risiken getrennt und für den Anleger sichtbar gemacht. Bankenrettung durch den Staat: Banken können, wie aufgezeigt, auf verschiedene Arten in Schwierigkeiten kommen. Für den Fall, dass der Staat z.B. über den Weg von Einlagensicherungen die Deckung der Einlagen übernimmt oder mit Rettungsschirmen für die Banken insgesamt haftet, entspricht dies einer Umverteilung vom Staat (also nicht nur den Sparern sondern allen Steuerzahlern) zu den Aktionären und Managern.

Gesellschaftliche Bewertung: Bankbilanzmanipulationen der geschilderten Art waren maßgeblich Mitverursacher für die Entstehung der Finanzkrise. Unmittelbar in der Finanzkrise selbst wurden die Bilanzierungsvorschriften für Banken dann sogar noch gelockert, weil sie sonst überhaupt nicht mehr bilanzieren hätten können. Aber nicht einmal diese Lockerung der Bilanzierungsvorschriften wurde bisher wieder zurückgenommen. Es besteht dringender Handlungsbedarf,

diese Praktiken durch wirksame, durchsetzbare und kontrollierbare Regulierungen zu verhindern: durch ein neues Bankeninsolvenzrecht und eine Trennung der Banken in Geschäftsbanken und Investmentbanken. Investmentbanken müssen ohne Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Konkurs gehen können, sollten sich nur über Eigenkapital finanzieren dürfen und staatliche Rettungsmaßnahmen müssen für sie vollständig ausgeschlossen werden. Für Geschäftsbanken muss das oberste Ziel die Fortführung des Geschäftsbetriebes sein. Dies ist durch einen (staatlichen) Masseverwalter und vollständigen Gläubigerschutz sicherzustellen. Staatliche Einlagensicherung sollte, bis zu einem gewissen Höchstbetrag, nur für Geschäftsbanken zulässig sein.

### 3. Umverteilungsgewinne durch Staatsfinanzierung

Der Staat kann sich, neben Steuern, grundsätzlich über zwei Wege finanzieren: Geldschöpfung und Verschuldung (Staatsanleihen). Staatsfinanzierung durch Staatsanleihen: Die Finanzierung des Staates über Verschuldung mittels Staatsanleihen ist die teuerste Form der Staatsfinanzierung. Die dafür vom Staat zu zahlenden Zinsen bedeuten einerseits hohe Kosten, andererseits aber für die Besitzer der Staatsanleihen (institutionelle Anleger, Banken mit ihrem Eigengeschäft, private Zeichner) hohe Gewinne.

Um zu beurteilen, ob es sich dabei um echte oder um Umverteilungsgewinne handelt, muss zwischen Konsum- und Investitionskrediten unterschieden werden. Bei Investitionskrediten ist im Normalfall der Mehrwert durch die zukünftige Mehrproduktion gegeben und es sollte gelten, dass dieser Mehrwert höher ist als die Zinszahlungen (plus Abschreibungen). Bei einem reinen Konsumkredit ist der Mehrwert allein durch die Gegenwartspräferenz gegeben. Die Zinszahlungen (plus Tilgungen) können nur durch eine zukünftige Minderkonsumation gedeckt werden. Für ein dauerhaft stabiles Staatswesen sollte allerdings zukünftige Minderkonsumation ausgeschlossen werden, wodurch Konsumkredite zumindest theoretisch ausgeschlossen werden. Wenn der Staatskonsum vollständig durch Steuern gedeckt wird, könnte die Staatsver-

schuldung ausschließlich für staatliche Investitionen zur Verfügung stehen, die zu einem Wirtschaftswachstum führen, das jedenfalls zumindest gleich hoch sein muss wie die Zinsraten. Bei der Beurteilung der Kosten von Staatsverschuldung durch Staatsanleihen, ist zu bedenken, dass in reifen Volkswirtschaften die realen Wachstumsraten mit der Zeit sinken, sodass die Wirtschaft real eher linear als exponentiell wächst. Die realen Zinsraten am Kapitalmarkt sinken dagegen nicht so rasch, vor allem weil die »innovativen« Finanzprodukte auf den Finanzmärkten immer höhere Gewinne versprechen. Im Endeffekt bedeutet dies, dass seit den 80er Jahren die realen Wachstumsraten immer weiter unter die Zinsraten (und Gewinnraten) gefallen sind. Den Zinszahlungen stehen keine geschaffenen Mehrwerte in gleicher Höhe gegenüber, wodurch von einem laufenden Umverteilungsgewinn für die Besitzer von Staatsanleihen auf Kosten der Allgemeinheit ausgegangen werden kann.

Gegen diese Sichtweise werden folgende Argumente angeführt: a) Finanzmärkte seien als Schiedsrichter tätig, die die Effizienz des Staates über die Zinshöhe überprüfen und bei Verstößen bestrafen. – Diese Sichtweise klammert aber aus, dass die Finanzmärkte alleine durch die vielfach vorliegenden Eigeninteressen eine objektive Schiedsrichterfunktion nicht erfüllen und auch gar nicht erfüllen können. b) Staatsanleihen werden heute vor allem von institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds gezeichnet, weshalb sie letztlich allen zugute kommen. – Da nur ein kleiner Teil der Bevölkerung höhere Forderungen gegenüber institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds, Versicherungen usw. hat, kommen sie allerdings zweifellos nicht allen zugute (wie auch bei Zinszahlungen an private Anleger und Banken). c) Staatsanleihen sind ein unverzichtbares Instrument, um das Sparbedürfnis der Bevölkerung befriedigen zu können. – Dies ist, ohne auf diese Problematik näher einzugehen, grundsätzlich richtig, jedoch sollten sie durch Instrumente staatlicher Geldschöpfung auf ein für die Gesellschaft verträglicheres Maß verringert werden. Staatsfinanzierung durch Geldschöpfung: Im heute üblichen Weg der Geldschöpfung stellt die Notenbank den


Banken frisches Geld ohne jede Bedingung für die weitere Verwendung zur Verfügung. Ein großer Nachteil dabei liegt darin, dass auf Grund dieser fehlenden Steuerungsmöglichkeit der Notenbank diese Geldmittel zu einem Großteil nicht zur Vergabe von Krediten für die Realwirtschaft eingesetzt werden, sondern direkt oder über Kredite in die Finanzmärkte fließen und dort zu Finanzblasen führen.

Unter produktiver Kreditschöpfung versteht man Maßnahmen und Bedingungen der Notenbank, die den Einsatz dieser Geldmittel in der Realwirtschaft sicher stellen sollen. Der einfachste und effizienteste Weg besteht darin, dass frisches Geld nicht allen Banken, sondern nur im öffentlichen Eigentum stehenden »Infrastrukturbanken« (Kreditvergabe für öffentliche Infrastrukturprojekte zu besonders niedrigen Zinsen) zur Verfügung gestellt wird.

Noch weiter geht die direkte Geldschöpfung durch den Staat. Es soll dies an dem von Josef Huber entwickelten System, das »Monetative« genannt wird, erläutert werden. Das Ziel ist die Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts der Geldschöpfung, die Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung und die schuldenfreie Inumlaufbringung neu geschöpften Geldes durch öffentliche Ausgaben. Das bestehende Geldschöpfungsmonopol des Staates für Münzgeld kann dadurch sowohl auf Notenbankgeld als auch auf Giralgeld erweitert werden. Damit sollen alle Seignoragegewinne aus der Geldschöpfung der M1-Geldmenge dem Staat zukommen und damit nicht mehr so wie bisher zum größten Teil den Banken. Andererseits soll allerdings nicht der Staat, sondern allein eine in ihrer Unabhängigkeit gestärkte Notenbank über die Steuerung der Geldmenge entscheiden. Diese gestärkte Notenbank soll als 4. Gewalt des Staates (neben Legislative, Exekutive und Judikative) »Monetative« genannt werden. Für Österreich würden sich für den Staat daraus jährliche Einnahmen in der Höhe von etwa 4 bis 5 Milliarden Euro ergeben, was ungefähr der Hälfte der derzeitigen jährlichen Zinszahlungen für Staatsanleihen entspricht.

#### 4. Zusammenfassung

Die Finanzwirtschaft koppelt sich immer mehr von der Realwirtschaft ab und fungiert in zunehmendem Maße gleichsam als gewaltige Umverteilungsmaschine, die immer mehr Geld großflächig absaugt, um es an Wenige zu verteilen. Anhand des Begriffes des »Umverteilungsgewinnes« kann gezeigt werden, wie dies möglich ist: Umverteilungsgewinne schaffen keinen realen Mehrwert, denn der Gewinn des einen ist gleich hoch wie der Verlust von anderen. Generell sind Umverteilungsgewinne als schädlich für die Gesellschaft zu betrachten.

Gegen Umverteilungsgewinne auf den Finanzmärkte muss es eine vordringliche Aufgabe von Politik und Wissenschaft sein, das Bewusstsein für diese Problematik zu fördern und Wege zu finden, diese Entwicklung durch effektive, durchsetzbare und überwachbare Regulierungen einzuschränken. Eine der wesentlichen Schlussfolgerungen aus der Analyse der Umverteilungsgewinne im Bankensektor ist die Forderung der strengen Trennung des Bankensystems in Geschäftsbanken, die keine Eigengeschäfte durchführen dürfen und Investmentbanken, denen dies erlaubt ist. Damit werden auch die dahinterliegenden Risiken getrennt und für den Anleger sichtbar gemacht. Die Analyse der Umverteilungsgewinne durch Staatsfinanzierung ergibt, dass die Übertragung der Schiedsrichterfunktion über die Staatsgebarung an die Finanzmärkte nicht nur die teuerste, sondern auch ineffizienteste Form ist. Daher scheint die Übertragung dieser Aufgabe an eine möglichst unabhängige, nur den staatlichen Prinzipien verpflichtete Notenbank als 4. Gewalt im Staat nicht nur die wesentlich billigere, sondern wahrscheinlich auch die bessere Methode zu sein. 

**ERHARD GLÖTZL**

war Vorstandsdirektor der LINZ AG  
und ist als Unternehmensberater tätig.



VICKI LEE RAGAN  
**THE PRINCESS AND THE FROGS**  
1983, POLAROID POLACOLOR  
20 X 24"  
© VICKI LEE RAGAN



BRUCE CHARLESWORTH  
**UNTITLED**  
1979, POLAROID SX-70  
HAND-COLORED  
© BRUCE CHARLESWORTH

# Sudan – eine Momentaufnahme vor dem 9. Juli

**Im Vorfeld der Loslösung** des Südens vom Norden am 9. Juli flackern wieder Kämpfe im Grenzgebiet auf. Vor welchen Herausforderungen steht dieses größte Land Afrikas heute? Gibt es realistische Chancen, diese Herausforderungen zu bewältigen? Österreich hat sich in den letzten Jahren aktiv daran beteiligt, friedliche Verhandlungslösungen im Sudan zu fördern. Caspar Einem besuchte in diesem Zusammenhang im Rahmen einer österreichischen Delegation den Sudan.

**1.** Im Friedensvertrag – dem *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) – zwischen den Bürgerkriegsparteien des Nordens und des Südens von 2005 war unter anderem vereinbart worden, dass im Süden eine Volksabstimmung stattfinden würde, bei der die Bürger des Südens über den Verbleib im Staatsverband des Sudan oder über die Trennung und Schaffung eines neuen Staates Südsudan abstimmen können sollten. Die erste spannende Frage war, ob der autoritäre Herrscher des Sudan, Präsident El Bashir und seine Regierung das Referendum zulassen und für den Fall eines Entscheids für die Trennung akzeptieren würden.

Das Referendum fand am 9. Jänner 2011 statt. Bashir hatte den Süden wenige Tage davor besucht und bei einer großen Versammlung öffentlich erklärt, er werde den Ausgang akzeptieren – egal wie die Entscheidung laute. Die Volksabstimmung fand eine erstaunlich hohe Wahlbeteiligung, bedenkt man die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur des riesigen Landes, von mehr als 90% und ein überdeutliches Ergebnis: Etwa 95% der Stimmen lauteten auf staatliche Selbständigkeit und Trennung vom Norden. Ob bei dieser Volksabstimmung alles mit rechten Dingen zugegangen ist, ist zweifelhaft. Das Ergebnis wird allerdings von allen Seiten anerkannt.

Für den Fall einer Entscheidung zugunsten der Sezession war festgelegt, dass diese sechs Monate nach dem Referendum umgesetzt werden würde. Innerhalb dieser Zeit sollten alle wesentlichen Fragen ausverhandelt und geklärt sein.

**2.** Ein Sonderproblem für die Aufteilung des Landes zwischen Nord und Süd ist die an der Grenze liegende Region Abyei, ein etwa 10.000 km<sup>2</sup> großes Gebiet nördlich des Flusses Bahr el Arab mit der Stadt Abyei als regionale Hauptstadt. Für Abyei war im CPA vereinbart worden, dass dort eine gesonderte Volksabstimmung über die Frage der Zugehörigkeit dieser Region zum Norden oder zum Süden stattfinden solle. Diese Volksabstimmung hat bisher nicht stattgefunden, weil sich die beiden Seiten – Nord und Süd – nicht über die Frage einig konnten, wer wahlberechtigt sein sollte.

Zum Hintergrund: Abyei gehört seit 1905 zum Bundesstaat Südkordufan und ist damit ein Teil des Nordens. Diese Entscheidung hatten noch die Briten getroffen, die Kolonialmacht im Sudan. Bis vor zwei Jahren gab es auch noch Debatten darüber, welches Gebiet nun tatsächlich zu Abyei gehört und wo dessen Grenzen liegen. Zu dieser Frage hatten sich Nord und Süd darauf geeinigt, das internationale Schiedsgericht in Den Haag anzurufen und dessen Spruch, egal wie er ausfallen sollte, anzuerkennen. Das Schiedsgericht entschied 2009 – unter Mitwirkung des Österreicher Gerhard Hafner – diese Frage und die äußeren Grenzen Abyeis sind damit geklärt. Nicht ganz unwesentlich: Eines der zwei großen Ölfelder des Sudan – Heglig 2 – ist seither jedenfalls nicht Teil von Abyei und jedenfalls Teil des Nordens. Abyei hat daher, entgegen den meisten Medienberichten, keine große Bedeutung als Ölprovinz (0,6% der Gesamtproduktion von Erdöl des Sudan). Warum gab es keine Einigung zur Wahlberechtigung? In dieser Region leben und siedeln vor al-

lem Angehörige des Stammes der Ngok Dinka. Sie betreiben Landbau und Viehzucht. Der Stamm der Ngok Dinka ist Teil des großen, primär im Süden lebenden Stammes der Dinka, im Gegensatz zu diesem Hauptteil aber arabischsprachig und überwiegend muslimisch. Das ist eine Konsequenz der Tatsache, dass diese Region seit mehr als hundert Jahren zum arabisch-muslimischen Norden des Landes gehört, während der Süden schwarzafrikanisch und überwiegend christlich ist.

Andererseits hat nördlich des Bahr el Arab der Stamm der Messerya seinen Lebensraum – ein großer arabischstämmiger Nomadenstamm (ca. 3,5 Millionen Angehörige), der ebenfalls Viehzucht betreibt und während der Trockenzeit mit seinen Herden jeweils zum Fluss Bahr el Arab zieht, um hier das nötige Wasser für die Tiere und sich selbst zu finden. Viele Jahrzehnte gelang das Zusammenleben zwischen den Ngok Dinka-Siedlern und den Messerya-Nomaden recht gut. Im Lichte der nun kommenden Trennung von Nord und Süd spitzt sich die Lage aber zu: Die Messerya haben ernste Sorgen, dass mit einer allfälligen Zuteilung von Abyei zum Süden ihr Zugang zum Wasser erschwert oder unmöglich gemacht werden könnte. Für sie geht es daher darum, bei der Volksabstimmung über die Zukunft Abyeis auch abstimmen zu können.

In dieser Frage gibt es einen US-amerikanischen Kompromissvorschlag dahin, dass alle, die sich zumindest 183 Tage – ein halbes Jahr – in der Region aufhalten, wahlberechtigt sein sollten. Der Norden hat diesen Vorschlag akzeptiert, der Süden abgelehnt.

Für die Messerya, die keine Anhänger der derzeitigen Regierungspartei NCP (*National Congress Party* des Präsidenten Bashir) sind, ist die Weide- und Wasserrechtsfrage lebenswichtig. Gelingt es nicht, eine Lösung zu finden, die ihnen diese angestammten Rechte auch in Zukunft sichert, würden sie selbst zu den Waffen greifen. Der Einfluss der Regierung auf den Stamm ist gering, der Verhandlungsspielraum in dieser Frage ebenfalls.

**3.** Zuspitzungen kurz vor der Trennung von Nord und Süd: Abyei sollte nach der Übereinkunft zwischen Nord und Süd entmilitarisiert und gemeinsam verwaltet sein, bis über seine Zukunft entschieden wäre. Beide Seiten versuchen Vorteile zu gewinnen und Militärs einzuschleusen. UN-Beobachter und Peacekeeper sind in der Region. Als sich am 19. Mai Soldaten des Nordens, die sich zu Unrecht in der Region aufgehalten hatten, nach entsprechender Vereinbarung zwischen beiden Seiten, in einem UN-begleiteten Konvoi in den Norden zurückziehen wollen, wird der Konvoi überfallen, 22 Soldaten des Nordens finden den Tod, 76 werden vermisst.

Darauf entscheidet der Norden mit der Armee in Abyei einzumarschieren und besetzt die Stadt und die Region am 21. Mai. Das ist vermutlich einerseits eine Reaktion auf den Überfall – von US-Regierung als »unverhältnismäßig« kritisiert – und vielleicht andererseits auch ein Versuch des Nordens, bessere Karten für die Verhandlungen mit dem Süden zu bekommen. Und da geht es beileibe nicht nur um Abyei.

Am 21. Juni berichtet die FAZ, Nord und Süd hätten sich bei Verhandlungen in Addis Abeba darauf geeinigt, dass die Zone wieder entmilitarisiert und gemeinsam verwaltet wird und dass 4.000 äthiopische Soldaten mit UN-Mandat dieses Arrangement überwachen sollten.

**4.** Weithin bekannt ist eine andere Problemzone des Sudan, das Gebiet von Darfur. Darfur besteht aus drei Teilstaaten des Nordens, ganz im Westen des Landes gelegen, an den Süden des Sudan, an die Zentralafrikanische Republik, den Tschad und Libyen angrenzend und beinahe so groß wie Frankreich (über 490.000 km<sup>2</sup>). Jahrelang fand auch hier eine harte gewaltsame Auseinandersetzung zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen – in den Augen der Zentralregierung Rebellen, in der eigenen Wahrnehmung Freiheitskämpfer – statt, die eine große Fluchtbewegung innerhalb der Region und bis in den Tschad zur Folge hatte. In einem Abkommen zwischen der sudanesischen Regierung und einem

Teil der Milizen 2009 in Abuja wurde jedenfalls eine Beruhigung der Kämpfe erreicht. Vereinbarungen zwischen dem Sudan und dem Tschad taten ein Übriges. Heute ist die Lage in weiten Teilen des Landes beruhigt, vielleicht auch bloß unter Kontrolle, zumal jetzt eine starke Armeepresenz des Nordens gegeben ist und nur noch *eine* wesentliche Gruppe mit militärischen Mitteln gegen die Regierung und ihre Armee kämpft, die JEM, *Justice and Equality Movement*, des Arztes und ehemaligen Regionalministers Khalil Ibrahim.

Auch bezüglich Darfurs gibt es Verhandlungen – sie finden in Doha unter der vermittelnden Bemühung des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Mbeki statt und haben eine dauerhafte Friedenslösung zum Ziel. Derzeit gibt es jedenfalls noch militärische Auseinandersetzungen, derzeit bombardiert die sudanesishe Armee noch Stellungen der »Rebellen«. Und derzeit leben noch etwa zwei Millionen Einwohner von Darfur in Flüchtlingslagern. Diese Lager gibt es seit etwa 2005. Sie haben jeweils die Größe von 40.000 bis 55.000 Bewohnern. Und ihre Bewohner ziehen nur sehr langsam in ihre ursprünglichen Dörfer zurück.

Das scheint zwei ganz unterschiedliche Hauptgründe zu haben: Einerseits Furcht vor neuen Überfällen und militärischen Auseinandersetzungen und andererseits die objektive Situation in den Lagern. Sie haben dort den Schutz ihrer Sicherheit durch Polizei und UN-Peacekeeping-Soldaten, sie haben gesundes Wasser, medizinische Versorgung, Schulen und eine Mindestverpflegung mit Nahrungsmitteln. In vielen Dörfern wäre ihre Lage wesentlich schlechter. Es gibt daher jetzt ernsthafte Überlegungen, einzelne Flüchtlingslager in Ortschaften umzuwandeln.

Was ist der Hintergrund der Auseinandersetzungen in der Region Darfur? Auch nach Einschätzung der UNAMID-Peacekeeper vor Ort handelt es sich beim Darfur-Konflikt primär um einen Konflikt um urbares Land und um Wasser. Die Wüste breitet sich kontinuierlich von Westen weiter nach

Osten aus und wird dabei auch noch durch den Ackerbau eher begünstigt. Die Beseitigung der angestammten und widerstandsfähigen Flora trägt zur Versandung bei. Im Gefolge dieser Entwicklung kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen viehzüchtenden Nomaden und landbauenden Siedlern – wieder typischerweise die einen arabischstämmig, die anderen teilweise schwarzafrikanisch. Hier geht es – und das kann man vor Ort ganz unmittelbar fühlen – um das nackte Überleben in einer zunehmend unwirtlichen Umgebung.

Das einzige, das zu einem dauerhaften Frieden beitragen könnte – so die Gesprächspartner der UNAMID – wären massive Investitionen der Regierung in Brunnen und in Urbarmachung von Land um diese tödliche Auseinandersetzung um die Nutzung knappster Ressourcen unnötig zu machen. Nur dann könne es zu Frieden kommen, könnten politische Vereinbarungen auch Realität werden.

**5.** Der Sudan verfügt über nicht ganz unbedeutende Ölreserven. Die Ölquellen liegen überwiegend im Süden (73%), der Rest teilweise im Norden (26%) und etwa 0,6% in Abyei.

Das Erdöl wird in einer Pipeline von den Quellen zur Verarbeitung in Raffinerien gebracht, die im Norden liegen, dann überwiegend weiter über Produktpipelines nach Port Sudan zum Export. Auch Port Sudan liegt im Norden. Derzeit werden die Öleinnahmen aus der Produktion der südlichen Felder 50/50 zwischen Nord und Süd geteilt, die Nutzung der Pipelines und der Raffinerien wird nicht gesondert verrechnet. In den Verhandlungen vor der Trennung verlangt die Südgregierung, dass künftig 100% der Einnahmen aus den Ölquellen im Süden auch an den Süden gehen. Immerhin ist dies nahezu die einzige Geldquelle zur Finanzierung des neuen Staates im Süden und seiner Armee.

Derzeit verfügt aufgrund der bestehenden Aufteilung der Norden über 63,1% der Öleinnahmen, der Süden über



36,5%. Nach den Wünschen des Südens würde der Norden nur 26,6% der Einnahmen haben und damit in ernste Finanzierungsprobleme geraten. Die Position des Südens in den Verhandlungen über das Öl ist allerdings nicht besonders gut: Der Bau einer neuen Pipeline in den Süden, etwa nach Kenya oder Uganda, ist nicht nur auf Basis der heute bekannten Reserven im Süden unwirtschaftlich, sondern auch von erheblichen geologischen Hindernissen erschwert. Und selbst wenn sich ein Financier fände, der eine neue Pipeline in den Süden baute, so würde das jedenfalls Jahre in Anspruch nehmen, während derer der Süden keine Einnahmen hätte. Der Abtransport durch die Pipeline nach Norden ist daher in den nächsten Jahren ohne Alternative. Kurz: Entweder man einigt sich über die künftige Aufteilung der Einnahmen oder der Süden muss für die Nutzung der Pipelines und für die Verarbeitung in den Raffinerien Weltmarkt-Preise zahlen.

Der Norden ist allerdings auch nicht so gut dran, wie es auf den ersten Blick aussieht. Denn die Pipeline und die Raffinerien gehören zwar einer sudanesischen Gesellschaft, die zum Norden gehört. Aber die Pipeline wird von der *China National Petroleum Corporation* (CNPC) betrieben und diese Gesellschaft ist mit 40% am nordsudanesischen Unternehmen beteiligt. Es bleibt daher keineswegs alles im Lande. Übrigens: Rund ein Drittel des sudanesischen Erdöls geht nach China und deckt etwa 6% bis 8% des chinesischen Bedarfs.

**6.** Der Sudan ist einer der Staaten mit den weltweit höchsten Auslandsschulden im Verhältnis zum BIP: ca. 40 Mrd. US-Dollar, davon etwa 14 Mrd. US-Dollar Kernschulden, der Rest sind Zinsen. Ganz überwiegend sind es bilaterale Schulden, teilweise auch multilaterale.

Nur der Sudan und Somalia sind von allen Umschulungsmaßnahmen international ausgeschlossen. Der Sudan kommt auch nicht in den Genuss von Unterstützungen durch die EU, weil in dem zugrunde liegenden Cotonou-Abkommen, das die Afrikahilfe der EU regelt, unter anderem verlangt

wird, dass Empfängerländer mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) kooperieren müssen. Diese Bedingung kann der Sudan nicht erfüllen, da sein Präsident El Bashir vom ICC wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen (seit 2008) und Völkermord (seit 2009), alles im Zusammenhang mit dem Darfur-Konflikt, zur Verhaftung ausgeschrieben ist.

Private Investoren gehen ebenfalls nur schwerlich in den Sudan, zumal wenn es große börsennotierte Unternehmen sind. Sie fürchten die US-amerikanischen Sanktionen gegen den Sudan und die Reaktion US-amerikanischer Anteilseigner an ihrem Kapital. Freilich haben die USA im Vorfeld der Trennung der beiden Landesteile in Aussicht gestellt, die Sanktionen aufzuheben, wenn die Trennung friedlich vonstatten geht.

**7.** Seitenfrage: Man kann und muss sich wohl fragen, ob die Ausschreibung eines amtierenden Staats- oder Regierungschefs zur Verhaftung wegen der vom ICC zu verhandelnden Straftatbestände sehr zweckmäßig ist. Bedenkt man, dass der ICC auf Kooperation der jeweiligen nationalen Regierungen zur Auslieferung der Gesuchten angewiesen ist, so ist eine solche Maßnahme gegen einen Staats- oder Regierungschef bloß die Garantie dafür, dass auch andere Gesuchte, unter der obersten Führungsebene, nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, weil diese Maßnahme die Kooperationsbereitschaft der Regierung grundsätzlich infrage stellt.

So gesehen hat der Übereifer, mag er auch moralisch oder idealistisch genannt werden, des obersten Anklägers am ICC, Moreno-Ocampo, dem ICC und dem Konzept des internationalen Strafrechts keinen guten Dienst erwiesen. Die nun heranstehende Wahl des künftigen obersten Anklägers am ICC – die Amtszeit Moreno-Ocampos läuft 2012 aus – ist eine Chance, den ICC neu, diplomatischer und zugleich wirksamer zu positionieren. Die Anklage gegen El Bashir erleichtert jedenfalls die Lösung der zahllosen Probleme im Sudan nicht.

**8.** Was ist nach der Trennung zu erwarten und welche Fragen sind noch offen? Offen sind eine ganze Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Grenzziehung zwischen Nord und Süd – jenseits des Abyei-Problems. Sie sollten pragmatisch und auf dem Verhandlungsweg entlang der Linie lösbar sein, dass die bisherigen Grenzen der Teilstaaten zwischen Nord und Süd künftig nationale Grenzen sind.

Offen ist die Frage der Vermögensaufteilung und der Aufteilung der Schulden. Auch hier gäbe es einschlägige Vorbilder aus der Aufteilung der Tschechoslowakei. Allerdings ist die Lage im Sudan komplexer und der Süden stellt sich auf den Standpunkt, dass der neue Staat schuldenfrei beginnen und daher der Norden 100% der Schulden behalten solle. Das ist nicht leicht zu lösen.

Offen ist die Frage des Umgangs mit der derzeit gemeinsamen Währung. Der Süden hat beschlossen, seine eigene, neue Währung einzuführen und stellt sich angeblich auf den Standpunkt, dass er auch die derzeit noch umlaufenden Währungseinheiten, die künftig nur noch die Nordwährung sein wird, nicht zurück führen müsse, da sie ab dem Start des neuen Südsudan wertlos sein werde. Diese Frage sollte lösbar sein.

Offen ist die Frage der Staatsbürgerschaft. Entschieden ist, dass es keine Doppelstaatsbürgerschaften Nord und Süd geben soll. Nicht so klar ist, wie entschieden wird, wer welchem Staat angehört. Nicht vorgesehen ist ein Wahlrecht der Bürger, zumal beide Seiten einen ethnisch geprägten Staatsbürgerschaftsbegriff zu haben scheinen. Tatsache ist, dass ein Wahlrecht der Bürger viele Vorteile hätte und vielleicht auch ein Schritt zur Überwindung der Stammesbezogenheit der Politik sein könnte. Eine gute Lösung ist nicht einfach, eine stammestradiotionelle sollte möglich sein.

Offen ist natürlich auch die Frage, was mit den künftigen Staatsangehörigen des jeweils anderen Teils geschehen soll, wenn sie wie etwa drei Millionen Südstämmige im Norden

leben oder wenn sie wie die Mehrzahl der Erdölarbeiter im Süden aus dem Norden stammen. Das geht vom Aufenthaltsrecht, dem Recht Eigentum zu erwerben bis hin zu Fragen der Versicherung usw. Diese Frage kann eskalieren, wenn die Trennung nicht friedlich gelingt, sodass die jeweils »fremde« Minderheit zum Erpressungsaustpfand werden könnte.

Und auch die endgültige Lösung der Abyei-Frage wird sicher offen bleiben müssen. Wenn es hier gelingt eine dauerhafte und friedliche Zwischenlösung zu schaffen, dann kann dieses Problem vielleicht nach ein paar Jahren friedlichen Zusammenlebens und nach Entstehung von etwas Vertrauen zwischen Nord und Süd auch dauerhaft gelöst werden. Derzeit wird man die Frage wohl ausklammern müssen.

Offen ist derzeit auch die Frage des ökonomischen Überlebens des Nordens nach der Trennung – abhängig von der Lösung der Ölfrage, von der Frage, ob die Sanktionen aufgehoben werden und ob es dem Norden gelingt, neben dem Öl andere Wirtschaftszweige rasch genug so weit zu entwickeln, dass daraus auch Deviseneinnahmen generiert werden können. Hier bietet sich vor für eine Landwirtschaftsindustrie ein beträchtliches Potential. Die Staatsstrukturen des Nordens scheinen durchaus robust und tragfähig.

Offen ist aber auch die Frage, ob der Süden rasch genug in der Lage ist, entsprechende staatliche Strukturen aufzubauen und die Loyalität seiner Bürger zu gewinnen und dabei Stammesdenken in einem Mindestmaß zurück zu drängen. Das bestehende Klientensystem zur Verteilung der Öleinnahmen scheint noch nicht auszureichen, um innerhalb des Südens nachhaltig friedliches Zusammenleben zu sichern. Die Aufrüstung durch die USA bringt bei gegebenem Entwicklungsstand der Staatswerdung ein nicht unerhebliches Risiko eines gut gerüsteten *failed state* mit sich.


Offen ist zuletzt aber auch die Frage, was dann passiert, wenn die USA und in ihrem Gefolge der Westen die Sankti-

onen gegen den Sudan – dann den Nordsudan – nicht oder nicht rasch genug aufheben. Denn eines sollte nicht übersehen werden: Für eine Regierung ist es eine unglaublich große Herausforderung, zu akzeptieren, dass ein Drittel des Staatsgebietes und damit auch gleich mehr als ein Drittel der Öleinnahmen verloren gehen. Erweisen sich die Versprechungen des Westens als nicht haltbar, ist es jedenfalls um das Regime geschehen.

Und jetzt könnte man denken, dass dies auch kein so großer Schaden wäre. Man übersieht aber dabei, dass El Bashir derzeit die Integrationsfigur im Norden ist. Er hält dabei auch die radikalen Elemente und Islamisten unter Kontrolle. Sie bekämen Oberwasser, wenn sich, wie sie immer behauptet haben, die westlichen Zusagen als leere Versprechungen erwiesen.

**9** Hier konnte lediglich eine Skizze der Herausforderungen geboten werden, vor denen der Sudan heute steht. Eines kann dabei allerdings gesagt werden: Bis zu diesem Zeitpunkt sind ganz bemerkenswerte Verhandlungsleistungen erbracht worden und werden weiterhin unternommen, um erstmals in der Geschichte Afrikas die historische Last kolonialer Grenzziehungen friedlich zu überwinden.

Das sollte uns Respekt abnötigen und vielleicht auch ein etwas milderer Licht auf das Land und seine Führung werfen, die dies alles unter widrigsten Bedingungen versucht hat und versucht. Der Sudan braucht externe Hilfe, vor allem um seine wirtschaftlichen Probleme nach der Trennung zu bewältigen. Sie bestehen nicht nur in der Bewältigung der Schuldenlast, sondern auch darin, Voraussetzungen für ein nachhaltig friedliches Zusammenleben zu schaffen. Und dazu braucht es viel Geld – für Brunnen und Bewässerungsanlagen, für Wiederaufbau zerstörter und Anlage neuer Infrastruktur, für Schulen, medizinische Versorgung usw. Engagement zugunsten friedlicher Lösungen der zahlreichen offenen Fragen im Sudan lohnt sich.

Österreich hat sich hier bereits Verdienste erworben. Der Sudan ist mit seinen 2,5 Millionen Quadratkilometern der größte Staat Afrikas und bildet die strategische Verbindung zwischen dem arabischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden des Kontinents und zwischen Ost und West in Afrika. Hier einen Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur, der Landwirtschaftsindustrie und zum Aufbau demokratischer und rechtstaatlicher Strukturen zu leisten, wäre eine wirklich lohnende Aufgabe. 

**CASPAR EINEM**  
ist Chefredakteur der Zukunft.

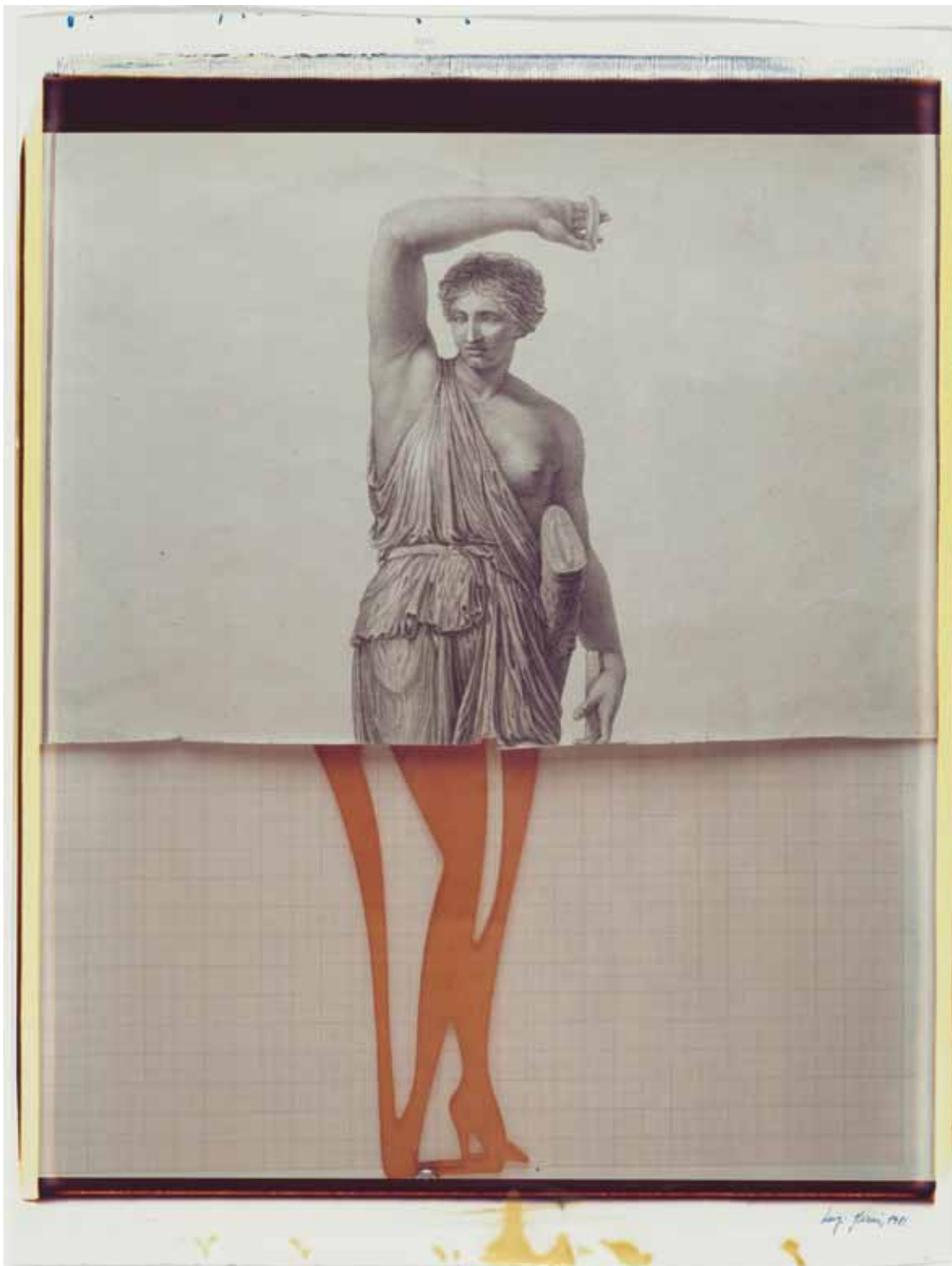


DAVID LEVINTHAL

**FROM THE VIETNAM SERIES**

2011, PX 600 SILVER SHADE BLACK FRAME

© DAVID LEVINTHAL



LUIGI GHIRRI  
**AMSTERDAM**  
1980, POLAROID POLACOLOR  
20 X 24  
© EREDI DI LUIGI GHIRRI

# Die Bewegung im Stillstand

**Die Krise der Sozialdemokratie** ist auch eine Krise der Parteiorganisation. Georg Hubmann analysiert Schwierigkeiten und Herausforderungen von Parteireformen am Beispiel der SPÖ Oberösterreich.

**D**ie Sozialdemokratie ist in der Krise. In den letzten Jahrzehnten sind europaweit sinkende Mitgliederzahlen zu beobachten, die oft auch mit Verlusten bei Wahlen einhergehen. Vielfältige Gründe werden für die Krise der Sozialdemokratie genannt: programmatische Irrwege, wie das Vorantreiben des Neoliberalismus im Zuge der Politik des Dritten Weges in den neunziger Jahren, genauso wie eine behäbige Organisation, die immer weniger fähig war, Menschen an sich zu binden und damit auch an praktischem gesellschaftlichen Einfluss verloren hat (Micus 2010). Immer wieder wurden Parteireformen ausgerufen, um hier entgegenzuwirken; mit ähnlichen Maßnahmen und unterschiedlichem Erfolg, wie der Göttinger Parteienforscher Franz Walter in seiner jüngsten Publikation »Genossen in der Krise?« herausarbeitet (Butzlaff / Micus / Walter 2011). Dieser Praxisbeitrag macht sich auf die Suche nach Bemühungen in der SPÖ Oberösterreich, die Sozialdemokratie wieder zu einer modernen und für breite Bevölkerungsschichten attraktiven Organisation zu machen.

## DIE AUSGANGSLAGE

Zuerst die nationalstaatliche Perspektive: Die Sozialdemokratie in Österreich galt in den 1970er Jahren auf Grund ihres hohen Organisationsgrads als Vorbild für viele sozialistische Parteien in Europa. Die SPÖ erreichte 1979 ihren Mitgliederhöchststand, als sie 721.262 Menschen in der Partei organisiert hatte. Wahlberechtigt waren bei der Nationalratswahl im selben Jahr 5.186.735 Menschen, die SPÖ erreichte unter Kanzler Bruno Kreisky 51% der Stimmen und konnte über 2,4 Millionen Stimmen auf sich vereinen. Das war der Zeitpunkt des größten Einflusses der Partei in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Österreich. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten

30 Jahren mehr als halbiert und auch bei Wahlen gelingt es nicht mehr, an die früheren Erfolge anzuknüpfen. Bei einer Organisation, die traditionell als Mitgliederpartei funktioniert, ist der direkte Zusammenhang von Organisationsgrad und Wahlergebnissen nicht verwunderlich. Das zeigt auch, dass nicht nur die interne Organisation für immer weniger Leute attraktiv war, sondern auch die vermittelten politischen Inhalte diese Schwächen nicht ausgleichen konnten.

Symptome der Krise – Interne Kritik an der Parteiarbeit: Um den Schwierigkeiten in der Organisation auf die Spur zu kommen, eignet sich eine Analyse der Rückmeldungen in den Mitgliederbefragungen der SPÖ Oberösterreich von 1980, 1987 und 2010. Dieser erste Schritt in der Analyse zeigt die Kritik der Mitglieder an ihrer Partei. Es wurden dabei stets die quantitativen und die qualitativen Rückmeldungen herangezogen und in die Kategorien Rolle der Mitglieder (1), Rolle der FunktionärInnen (2), BürgerInnenbeteiligung (3) und Interne Organisation (4) unterteilt (siehe Tabelle 1, S. 35). Es zeigt sich, dass sich im Empfinden der Mitglieder in der Partei wenig geändert hat. Die Rolle der Mitglieder und damit auch ihre mangelnde Beteiligung an der Parteiarbeit in Form von sachlicher Mitbestimmung oder von Befragungen werden seit drei Jahrzehnten kontinuierlich kritisiert.

In der Auseinandersetzung mit den FunktionärInnen kritisieren die Mitglieder in den 1980er Jahren deren persönliches Verhalten, vor allem persönliche Abgehobenheit und Basisferne. Dies wird heute anders artikuliert, und zwar in der starken Kritik am persönlichen Umgang in der Partei. In diesem Zusammenhang werden auch die Forderung nach Auswahlkriterien (1987) und der mangelnde Bezug zu den Werten der

eigenen FunktionärInnen (2010) genannt. Die BürgerInnen mehr an der Politik und damit auch an der Arbeit der Partei zu beteiligen, ist ein Wunsch der immer wieder vorgetragen wird, unabhängig davon ob als Forderung nach mehr Vernetzung mit BürgerInneninitiativen (1987) oder einfach als fehlende BürgerInnennähe (1980). Die Mitglieder sind sich einig, dass der Kontakt zur Bevölkerung verloren gegangen ist und die Politik nicht mehr bei den Menschen ankommt.

Eine Frage der Parteiorganisation, die vor allem in den 1980er Jahren Thema war, betrifft Ämterkumulierungen und Mehrfachfunktionen. Diese Kritik wurde von den Mitgliedern 2010 nicht mehr in dieser Form vorgebracht. Hier sind Änderungen auf statutarischer Ebene geschehen, die auch Wirkung gezeigt haben.

Stets wird auch der Informationsfluss in der Partei kritisiert, Mitglieder fühlen sich nicht mehr als politische Insider und wünschen sich, näher an der Politik zu sein. Die Zusammenarbeit mit den Vorfeldorganisationen wird auch immer als verbesserungswürdig bezeichnet, hier wird auch das gemeinsame Netzwerk und die sozialdemokratische Gemeinschaft vermisst.

Diese Gegenüberstellung der seit drei Jahrzehnten immer wieder in ähnlicher Weise geäußerten Kritik der Mitglieder zeigt den Stillstand in der Organisationsentwicklung und ist Ausdruck für das Scheitern von Parteireformen. Die Unfähigkeit, auf die Rückmeldungen der Mitglieder adäquat zu reagieren, ist sicher ein Grund für die sinkenden Mitgliederzahlen und die schlechter werdenden Wahlergebnisse.

## VERSUCHE DER ERNEUERUNG

Die in den Mitgliederbefragungen vorgebrachte Kritik wurde nicht einfach in die Schubladen verschoben, sondern es wurden zwei konkrete Versuche gestartet, die Parteiarbeit zu verbessern und den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die Reformpapiere aus 1986 und 1992 und die darin vorge-

schlagenen Maßnahmen sind in Tabelle 2 (S. 35) dargestellt. Die Kategorien wurden analog zur Analyse der Mitgliederbefragungen gewählt. So wird deutlich, welche Maßnahmen vorgeschlagen wurden, um auf die von den Mitgliedern identifizierten Problemlagen zu reagieren. Die Gegenüberstellung der Reformpapiere von 1988 und 1992 zeigt, dass jeweils sehr ähnliche Maßnahmen vorgeschlagen wurden, um die offensichtlich immer noch gleichen Probleme in der Parteiarbeit zu lösen. Die zentralen Problemfelder, die sich aus der Analyse der Mitgliederbefragungen ergeben haben, lassen sich in den folgenden fünf zentralen Defiziten zusammenfassen: Rolle der Mitglieder in der Partei, Wertschätzung und Umgang; innerparteiliche Mitbestimmung, Demokratie in der Partei; Personalentwicklung der FunktionärInnen, MandatarInnen, MitarbeiterInnen; Offenheit der Partei nach Außen, Kontakt zu den BürgerInnen, AktivistInnenkultur; inhaltlicher Diskurs und Meinungsbildung auf breiter Basis

Bestätigt wird das bei einem Blick auf die Gegenüberstellung der Ergebnisse aus den Mitgliederbefragungen. Die Rückmeldungen in der Befragung aus 2010 weisen immer noch ganz ähnliche Kritikpunkte aus wie die vorangegangenen. Das zeigt, dass es offensichtlich nicht geschafft wurde, die in den Reformpapieren gefassten guten Vorsätze in eine erfolgreiche Organisationsreform umzumünzen. Wenig verwunderlich sind vor diesem Hintergrund auch die stets weiter sinkenden Mitgliederzahlen und das damit verbundene Nachwuchsproblem.

Diese Situation ist nicht spezifisch für die SPÖ Oberösterreich, sondern auch viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa haben es trotz zahlreicher Bemühungen nicht geschafft, eine moderne Parteiorganisation einzuführen (vgl. Micus 2010).

## THESEN ZUM SCHEITERN DER REFORMEN

Die Gründe für diesen organisationalen Stillstand lassen sich schwer eindeutig beantworten. Im Folgenden sollen einige

Zusammenhänge aufgezeigt werden, die innerhalb der Parteistrukturen Reformen negativ entgegenstehen.

Ideenlosigkeit bezüglich der konkreten Umsetzung: Die oben aufgezeigte Problemsicht der Mitglieder für die Parteiarbeit ist sicherlich zutreffend. Für eine erfolgreiche Umsetzung braucht es aber konkrete Vorstellungen über die Maßnahmen, mit denen die Defizite bearbeitet werden sollen. So ist etwa in den Reformpapieren immer wieder die Rede von mehr internen und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, nur wurde in keiner Unterlage erklärt, wie diese Veranstaltungen und damit die avisierte Beteiligung im Konkreten ablaufen sollen. Das gilt auch für andere Vorschläge, die in den Reformpapieren enthalten sind: Es wurden zwar mögliche Ansätze vorgebracht, dann aber keine weiteren Schritte gesetzt.

Im derzeit laufenden Reformprozess der SPÖ Oberösterreich, morgen.rot, wurde hier angesetzt und es wurden verschiedene Veranstaltungsformate zur konkreten Beteiligung der Mitglieder an inhaltlichen Diskussionen erarbeitet. So soll gewährleistet werden, dass auch die Umsetzung der Maßnahmen erfolgreich sein wird.

Zu wenig Zeit und Durchhaltevermögen: Die oben skizzierten Schwierigkeiten führen zum nächsten Punkt. Eine Parteireform als umfassende Veränderung der Organisationsweisen und der Kultur ist nicht am Reißbrett zu planen und durchzusetzen. Es braucht Kontinuität und Beharrlichkeit, bis neue Arbeitsweisen, die etwa die Mitglieder stärker in Meinungsbildungsprozesse einbinden, zu einem Standard in der Organisation werden. Um langfristig Maßnahmen umsetzen zu können, braucht es auch ausreichende Unterstützung der handelnden Personen vor Ort. Das dazu notwendige Know-how, genauso wie das kontinuierliche Betreiben und Einfordern der Änderungen in der Parteistruktur sind etwas, das den vergangenen Parteireformen stets gefehlt hat. Die Einsetzung von Arbeitsgruppen und eine Beschlussfassung von Reformpapieren macht noch keine erfolgreiche Parteireform, denn

deren Erfolg kann nur an den konkreten, langfristigen Auswirkungen in den Parteistrukturen gemessen werden.

Fehlende Konstanz in der Führung: Eine Parteireform braucht politische Konstanz an der Parteispitze, um das Durchhaltevermögen und die nötige Kontinuität für die Parteireform aufbringen zu können. Oft scheitern Parteireformbemühungen an internen Streitigkeiten, die rund um die geplanten Maßnahmen oder aufgrund von schlechten Wahlergebnissen aufbrechen. Denn ändert sich die politische Führung, sind oft auch die bereits beschlossenen Reformpapiere nicht mehr auf der Tagesordnung und damit wird der erste Impuls für eine Veränderung wieder im Keim erstickt.

Machtverhältnisse in der Partei: Eine Organisationsreform und damit eine Änderung der Arbeitsweisen bedeutet auch immer, dass sich Einflussbereiche ändern. So ist etwa jede Form der Einbindung der Mitglieder, wie sie oft gefordert wurde, mit einem erheblichen Organisationsaufwand verbunden und bedeutet auch, Macht in verschiedenen Bereichen abzugeben. Davon sind auch die mittleren Strukturen betroffen, die die Umsetzung von Reformmaßnahmen in ihrem Einflussbereich und vor Ort (mit-)organisieren müssen. Gleichzeitig müssen auch lange eingesessene FunktionärInnen davon überzeugt werden, dass der bisher beschrittene und von ihnen mitgestaltete Weg nicht mehr passt und Neuerungen erforderlich sind.

In der SPÖ gab es über lange Zeit an diesen Stellen nur wenig personelle Änderung, was zu einer zusätzlichen Verkrustung der Strukturen und Verteidigung der angestammten Arbeitsweisen geführt hat (Hartl 1986). Personelle Konstanz und dadurch entstandene Machtverhältnisse können also in Reformprozessen hemmende Wirkung erzeugen.

### ANSÄTZE FÜR ERFOLGREICHE PARTEIREFORMEN

Basierend auf den angeführten Hindernissen auf dem Weg zu einer erfolgreichen Parteireform sollen hier Grundsätze for-



muliert werden, die jedenfalls beachtet werden müssen, um eine Organisationsreform erfolgreich zu gestalten. Diese sind als positive Ergänzung zu den oben angeführten Thesen zu verstehen.

Ein glaubwürdiger Prozess ist notwendig: Eine erfolgreiche Parteireform braucht einen glaubwürdigen Prozess, in dem unter breiter Beteiligung möglichst vieler Mitglieder und FunktionärInnen konkrete Maßnahmen geplant werden. Die Bedeutung der Meinung des/der Einzelnen muss glaubwürdig vermittelt und auch transparent gemacht werden. Das ist für die Motivation der Beteiligten vor allem auch deshalb wichtig, da die meisten der aktiven FunktionärInnen bereits einige Parteireformen erlebt haben, die nicht zum Erfolg geführt hatten.

Um diesen Punkten zu entsprechen, gilt es, viele Menschen einzubinden und Überzeugungsarbeit vor Ort zu leisten. Das heißt, Meinungen und Rückmeldungen ernst zu nehmen und zu verdeutlichen, dass das Gesagte auch angekommen ist und konkrete Auswirkungen nach sich zieht. Das Ziel muss sein, den Parteimitgliedern wieder Gestaltungskraft in der eigenen Partei zu geben. Eine Parteireform als bloße Befehlsausgabe von oben kann nicht funktionieren. (Vgl. Tieber 1987)

Es geht nur gemeinsam: Für die Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen ist entscheidend, dass alle in der Partei – vom einfachen Mitglied bis zur Spitzenfunktionärin – an einem Strang ziehen. Denn die Partei lebt von ihren Mitgliedern und deren Wirken, alle gemeinsam sind für das Schicksal der Organisation verantwortlich. Das muss auch klar gesagt werden, um zu erreichen, dass die durchaus weit verbreitete Einstellung, jedes Engagement vor Ort werde durch Probleme auf übergeordneter Ebene unsinnig, zu durchbrechen. Diese Vorbehalte gilt es zu berücksichtigen, denn eine Parteireform kann nur gelingen, wenn jede/r für ihren/seinen Gestaltungsbereich Verantwortung übernimmt und das Bestmögliche dar-

aus macht. Die Motivation dazu wird aber nur vorhanden sein, wenn der Reformprozess auch von der restlichen Organisation glaubwürdig betrieben und umgesetzt wird.

Parteireform als ständige Aufgabe: Parteireform bedeutet nicht, dass am Ende eines Prozesses ein Beschluss steht und damit alle Probleme gelöst werden können. Ein erarbeitetes Reformpapier mit einem dazugehörigen Beschluss durch die relevanten Gremien kann nur der Ausgangspunkt und die Orientierungshilfe auf dem weiteren Weg zu neuen Formen der Parteiarbeit sein. Denn Parteireform muss als ständiger Prozess begriffen werden, in dem die Bewegung aufrechterhalten werden muss und es nicht zum Stillstand kommen darf.

Von zentraler Bedeutung ist es darüber hinaus, die gesetzten Maßnahmen laufend zu hinterfragen und zu evaluieren. Kritik und Verbesserungsvorschläge dürfen nicht nur in Reformphasen gefragt sein, sondern ständige Begleitmaßnahmen werden. Auch davon wird der Erfolg von Parteireformen abhängig sein.

Die angeführten Erfolgsfaktoren sind eng miteinander verknüpft und müssen deshalb gemeinsam verfolgt werden. Der schlussendliche Erfolg einer Parteireform ist nur daran zu erkennen, wie sich die Arbeits- und Funktionsweisen der Organisation verändern. Es muss spürbar sein, dass neue Wege eingeschlagen wurden und diese als Standard etabliert werden. Auf keinen Fall darf man sich nach ersten Erfolgen zufrieden zurücklehnen, sondern es muss die Reformarbeit ständig kritisch hinterfragt werden. Dabei ist entscheidend, dass klare Ziele formuliert werden und das Streben danach besser zu werden nicht erlischt – denn Parteireform ist ein ständiger Prozess. Die Bewegung braucht Bewegung.

## REFORMPROJEKT MORGEN.ROT

Der »morgen.rot«-Prozess ist das derzeit laufende Parteireformprojekt der SPÖ Oberösterreich. Seit November 2009 wird intensiv gearbeitet, am Landesparteitag im November 2011

werden die Ergebnisse präsentiert. In der ersten Phase »sammeln« wurde bis Juni 2010 Kritik gesammelt. Dazu fanden 167 Feedbackveranstaltungen mit über 300 Organisationsteilen, sowie eine Mitgliederbefragung statt. Auf Grundlage der Rückmeldungen wurde die zweite Phase des Prozesses mit dem Titel »entwickeln« gestaltet.

In der inhaltlichen Schiene wurden Formen der inhaltlichen Beteiligung für Mitglieder und FunktionärInnen geschaffen. Die wichtigsten Themen aus der ersten Phase – Arbeit, Bildung, Gesundheit, Integration und sozialdemokratische Kommunalpolitik – wurden in 16 Diskussionsforen mit über 2.200 BesucherInnen in allen Bezirken diskutiert. Zusammengeführt wurden die Ergebnisse mit ExpertInnen in fünf Wahlkreisakademien, bis zum Parteitag entsteht so eine Positionierung der SPÖ Oberösterreich zu diesen Themen.

In der organisatorischen Schiene werden vor Ort und auf Bezirksebene Projekte geplant und so neue Formen der Parteiarbeit entwickelt. Diese Projekte werden intensiv begleitet und unterstützt.

Die Ziele von ‚morgen.rot‘ sind klar: Die SPÖ Oberösterreich will in Zukunft Programm-Partei, Bildungspartei, Mitmach-Partei, Mitglieder-Partei und Politische Partei sein. Ein Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Ziele wird am Parteitag beschlossen. Damit startet ‚morgen.rot‘ in die entscheidende Phase: Die Umsetzung der Maßnahmen auf allen Ebenen.

### Literatur

**Butzlaff, Felix / Micus, Matthias / Walter, Franz** (2011): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen | **Hartl, Rupert** (1986): Österreich oder der schwierige Weg zum Sozialismus, Wien | **Micus, Matthias** (2010): Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa, Friedrich Ebert Stiftung, download unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07648.pdf> | **Tieber, Herbert** (1987): Die Realität der Utopie, Wr. Neustadt | **Walter, Franz** (2010): Vorwärts oder Abwärts. Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin

### GEORG HUBMANN

ist in der SPÖ Oberösterreich für die Koordination  
des Projekts morgen.rot verantwortlich.

**TABELLE 1**



Kategorie/Jahr	1980	1987	2010
<b>Rolle der Mitglieder (1)</b>	Mehr innerparteiliche Demokratie	Mehr Mitbestimmung / Vorwahlen	
	Diskussionsveranstaltungen, Versammlungen, Kurse	Mehr Diskussion und Mitsprache in Sachfragen	Mehr Möglichkeiten, eigene Meinung stärker einzubringen
	Intensiverer Kontakt zu Mitgliedern	Intensiverer Kontakt mit Mitglieder	Kontakt zu FunktionärInnen nicht zufrieden stellend
	Mitgliederbefragungen	Mitgliederbefragungen	
<b>Rolle der FunktionärInnen (2)</b>	Persönliches Verhalten, politische Moral	Verhalten FunktionärInnen	
	Einsatz nicht ausreichend		Wenig wertschätzender Umgang in der Partei
	Glaubwürdigkeit, Basisferne, Hochnasigkeit	Glaubwürdigkeit, Überheblichkeit	Repräsentieren Werte nicht ausreichend
<b>BürgerInnenbeteiligung (3)</b>	Mehr BürgerInnennähe	Vernetzung mit BürgerInneninitiativen	Zu wenig Ansprache der BürgerInnen
		Volksbefragungen	
		Beratung der BürgerInnen, Nachbarschaftshilfe	
<b>Interne Organisation (4)</b>		Auswahlkriterien für FunktionärInnen / Anforderungsprofile	
	Informationsfluss mangelhaft	Schlechter Informationsfluss	Sitzungen und Organisation nicht zeitgemäß
	Ämterkumulierung, Bezüge, Privilegien	Abbau von Mehrfachfunktionen	
		Gemeinsame Aktivitäten mit Vorfeldorganisationen, mehr Zusammenarbeit	Wenig Möglichkeit zur Mitarbeit

**TABELLE 2**

Reformziele / Jahr	Maßnahmen 1988	Maßnahmen 1992
<b>Rolle der Mitglieder</b>	Teilnahme Mitglieder an Ausschusssitzungen	Offene Gremien; auch nichtgewählte FunktionärInnen einbinden
		Verpflichtende Vorwahlsysteme in allen Bezirken
	Vierteljährliche Information	Verbesserung des Informationsflusses mit Zielgruppenanalyse
	Jährliche Mitgliederversammlung mit MandatarInnen	
	Mitarbeit auf Zeit	Themensektionen und begrenzte Mitarbeit mit gleichem Stellenwert
	Regelmäßige Mitgliederbefragungen	
<b>Rolle der FunktionärInnen</b>	Jährliche Berichtspflicht der MandatarInnen über ihre Tätigkeit	
	Verstärktes Engagement der FunktionärInnen in örtlichen Vereinen	
	Erhöhung des Frauenanteils	Aktive Talentsuche und Förderung von Frauen
	Schaffung von BetreuungsfunktionärInnen	
	FunktionärInnen als Service- und Anlaufstelle für BürgerInnen	
<b>BürgerInnenbeteiligung</b>	Mehr öffentliche Veranstaltungen für BürgerInnen	Offene Diskussionsveranstaltungen und Symposien zu inhaltlichen Themen
	Mehr Beteiligung durch Befragungen, Informationsveranstaltungen, etc.	Zukunftswerkstätten mit anderen gesellschaftspolitisch aktiven Gruppierungen
<b>Interne Organisation / Netzwerk</b>	Leistungskriterien für hauptamtliche MitarbeiterInnen	Aus- und Weiterbildung für hauptamtliche MitarbeiterInnen
	Aus- und Weiterbildung für FunktionärInnen	Aus- und Weiterbildungskonzepte für FunktionärInnen
		Anforderungsprofile für FunktionärInnen und MandatarInnen
	Ausbau der Teilorganisationen (Kultur, Sport, Freizeit)	Verstärktes Engagement der Teilorganisationen und bessere Zusammenarbeit untereinander
		Mehr Frauen als MitarbeiterInnen/ BezirkssekretärInnen
	Jährlich eine inhaltlich-politische Konferenz auf Orts-, Bezirks-, und Landesebene	ExpertInnenpool und inhaltliche Symposien
		Koordination der Jugendarbeit und bessere Vernetzung

# Die griechische Tragödie

**Die Staatsschuldenkrise Griechenlands** scheint kein Ende zu nehmen. Bernhard Bauer erläutert Probleme der Sparmaßnahmen und beleuchtet aktuell gängige Argumentationen über einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone sowie über einen Staatsschuldenschnitt.

**D**iebe und Verräter schreien wütende Demonstranten vor dem griechischen Parlament Mitte Juni im Zuge des dritten Generalstreiks, den die griechischen Gewerkschaften ausgerufen haben. Viele Griechen glauben nicht, dass noch weitere Sparmaßnahmen zu einer Entspannung der griechischen Finanzlage führen, sondern diese gar noch verschlimmern und sie dürften damit Recht behalten. Der Internationale Währungsfonds, die EZB und die Europäische Union ringen im Juni um eine Lösung, um Griechenland weitere Hilfszahlungen zukommen zu lassen. Das Fehlen echter Europäerinnen und Europäer, sowie echter Macherinnen und Macher an der Spitze der Staats- und Regierungschefs, verschlimmert stetig die Lage Griechenlands gegenüber den Finanzmärkten und spielt den Rechtspopulisten europaweit in die Hände. In den letzten Wochen hören wir viel über die Verursacher der aktuellen Griechenlandkrise und wie diese gelöst werden sollte. Hiermit sollen die aktuellen Konsolidierungsbemühungen der griechischen Regierung kurz umrissen und die auf dem Tisch liegenden Lösungsvorschläge zur Rettung Griechenlands und ihre Implikationen betrachtet werden.

## GRIECHISCHE SPARMASSNAHMEN

Nachdem das Vertrauen der Ratingagenturen in Griechenland laufend erodiert ist und die Griechen sich nur mehr um unleistbare Risikoaufschläge Geld am Kapitalmarkt ausleihen konnten, stellt sich für die Europäische Union, EZB und den Internationalen Währungsfonds (IWF) nun die Frage eines zweiten Griechenlandhilfspakets. Alle drei üben auf Griechenland massiven Druck aus, sich kaputt zu sparen. Alte Rezepte des IWF, die schon bei vergangenen Krisen nicht funktioniert haben, werden nun wieder propagiert. Der griechische

Ministerrat hat am 9. Juni 2011 einen harten, mittelfristigen Finanzrahmen beschlossen, der noch der Zustimmung des griechischen Parlaments bedarf.

In der Ausgabenvorausschau 2011 bis 2015 plant Griechenland 14,5 Mrd. Euro Euro einzusparen. Die drei größten Einsparungsposten bilden der Sozialbereich (4,176 Mrd. Euro), die öffentlichen Gehälter (2,175 Mrd. Euro) und der Gesundheitsbereich (1,739 Mrd. Euro). Nach einer Kürzung der BeamtInnengehälter im Jahr 2010 und einem bereits erfolgten Abbau von 80.000 BeamtInnen soll es zu einer weiteren Kürzung von BeamtInnenzahlen kommen. Auf der Einnahmenseite wiederum sind 12,74 Mrd. Euro an Mehreinnahmen geplant, wobei im Einnahmenbereich ca. 6 Mrd. Euro auf Steuererhöhungen, 3 Mrd. Euro auf Erhöhungen der Sozialabgaben und alleine 3 Mrd. Euro durch eine effizientere Steuereinnahme veranschlagt sind.

Weiters wurde die Agentur für die Privatisierung von Staatsunternehmen gegründet, die auch schon bei der österreichischen öIAG um Know-how-Transfer für Privatisierungen angesucht hat. Bis zum Jahr 2015 sind massive Privatisierungen in der Höhe von 50 Mrd. Euro geplant, womit das Familiensilber zum Teil verkauft werden soll. Griechenland verfügt gemäß einer APA-Meldung vom 3.6.2011 (noch) über ein staatliches Beteiligungsvermögen von etwa 300 Mrd. Euro.

Der Bericht der Trojka aus EZB, EU und IWF, die im Juni 2011 die Fortschritte der Sparanstrengungen in Griechenland begutachtet hat, gibt folgende Privatisierungspläne an, die mit der griechischen Regierung vereinbart wurden: Für das Jahr 2011 sind ca. 7 Mrd. Euro geplant, bis 2015 sollen dann jähr-

lich weitere 8 bis 15 Mrd. Euro unter den Hammer kommen. Darunter finden sich wichtige Infrastrukturbetriebe wie die staatliche Elektrizitätsgesellschaft, die staatliche Eisenbahn, die Gaswerke und die Wasserwerke der Hafenstadt Thessaloniki, der alte Athener Flughafen in bester Lage, der neue Athener Großflughafen, eine Reihe an Kleinflughäfen an der Ägäis und diverse Häfen – um nur einen Bruchteil der Privatisierungen im Schwerpunktbereich Infrastruktur zu nennen. Laut griechischen Meinungsumfragen vom Mai 2011 sollen sogar 65,1 % der Bevölkerung dafür eintreten, Privatisierungen zum Schuldenabbau zu verwenden.

Wenn man einmal kurz davon absieht, dass wichtige Betriebe der Daseinsvorsorge verkauft werden sollen, wird unter Zeitdruck kein optimaler Preis für die entsprechenden Staatsbetriebe erzielbar sein. Es darf daher zu Recht kritisch angemerkt werden, ob IWF und EU, die sich nur zu gerne den neoliberalen Ideen des IWF anschmiegt, nicht mit ihren harten Spar- und Privatisierungsforderungen gezielt westlichen Investoren das griechische Vermögen auf einem Silbertablett servieren, um sich auf Kosten der Griechen massiv zu bereichern.

### **EXKURS: EINSPARUNGEN IM RÜSTUNGSBEREICH**

Ein griechisches Spezifikum sind relativ hohe Militärausgaben, die hier kurz Erwähnung finden sollen. Im Jahr 2010 betrug das griechische Verteidigungsbudget rekordverdächtige 4 % des BIP. Als positiv ist zu werten, dass Griechenland endlich damit beginnt im Rüstungsbereich – und nicht nur bei den Menschen – zu sparen, indem im Jahr 2011 immerhin 800 Mio. Euro in diesem Bereich eingespart werden sollen.

In der Ägäis herrscht zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei seit Jahren ein kalter Krieg um Hochseeengewässer und Flugverbotszonen. Beide Länder leisten sich einen Rüstungswettkampf mit Kampfflugzeugen und anderem Militärgerät, obwohl es sich beide im Grunde finanziell nicht leisten können. Seit Jahren sollen bei Luftschaukämpfen

Piloten ums Leben kommen. Die EU hat bisher wortkarg und tatenlos zugesehen. Noch im Jahr 2010 wurden von Griechenland zusätzliche Panzer und U-Boote angeschafft, als gäbe es kein Morgen. Nutznießer sind dabei deutsche Unternehmen, die 31 % der griechischen Rüstungsanschaffungen liefern. Auch die Franzosen sind mit Griechenland gut im Geschäft und profitierten daher von den unproduktiven und überzogenen Militärausgaben der Griechen. Schon seit längerem hat Griechenland Interesse an einigen Eurofightern bekundet.

### **ARBEITER/INNEN & PENSIONIST/INNEN ZAHLEN**

In der Wochenzeitung »Die Zeit« vom 16. Juni sagte der deutsche SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, dass es nicht einzusehen sei, dass die Arbeitnehmer und Rentner in Griechenland die Kosten der griechischen Krise tragen. Die Griechen können nichts für die Krise und die ArbeitnehmerInnen haben nicht für die Krise und ihre Folgekosten zu zahlen, soweit stimmen wir überein. Sogar der konservative luxemburgische Premier und Präsident der Eurogruppe Juncker sagte, dass er glaube, dass Griechenland nur dann den Sparvorgaben der EU und des IWF nachkommen könne, wenn die griechischen Milliardäre und Millionäre auch in die Spar- und Konsolidierungsbemühungen einbezogen würden. Offensichtlich ist dies jetzt noch nicht der Fall und Mitgrund, warum sich die griechische Bevölkerung gegen das geplante Konsolidierungsprogramm auflehnt. Doch nicht nur Superreiche sind (wie fast überall in der Welt) privilegiert, sondern auch normale Selbstständige und Freiberufler.

Die Probleme der Griechen resultieren nicht nur aus der Krise, sondern aus einem groben Wettbewerbsfähigkeits- und Staatsschuldenproblem, das vor der Krise schon bestanden hat. Gleichermäßen hat das Wahlvolk des Mutterlandes der Demokratie jahrzehntelang Ergebnisse an den Wahlurnen erwirkt, die zu einer nicht zeitgemäßen Wirtschaftsstruktur, korrupten Eliten, sowie einem überbordenden, maroden, staatlichen Sektor geführt haben. Zudem haben die Griechen nie eine Kultur entwickelt, Steuergesetze auch zu befolgen

und ihre Steuerpflichten zu erfüllen. In Griechenland wurde es seit jeher als Akt der kollektiven Solidarität angesehen, keine Rechnungen auszustellen und somit seine wahren Einkommen und Ausgaben zu verschleiern. Es wird geschätzt, dass 40% der Erwerbstätigen in Griechenland selbstständig sind. Diese Kleinbetriebe können Steuern sehr einfach umgehen. Ein interessantes Beispiel hat die »Neue Züricher Zeitung« am 16. April 2011 gebracht: Von 151 Ärzten, die in Athens teuerstem und wirtschaftlich lukrativstem Stadtviertel praktizieren, sollen im Jahr 2008 über 40% der Ärzte ein Jahreseinkommen von weniger als 20.000 Euro deklariert haben – dieser Betrag würde nicht einmal ansatzweise ausreichen, um die Mietkosten decken.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer liegen in Griechenland bei ca. 4,7% des BIP und somit etwa bei der Hälfte des EU-Durchschnitts! Garniert wird das Gesamtpaket mit einer Schattenwirtschaft, die etwa 25% des griechischen BIP ausmachen soll. Ein weiteres Schmankehl, welches die Problemzone der Steuerhinterziehung gut darlegt ist, dass der griechische Fiskus seit dem Frühjahr 2011 mittels Google Earth auf die Suche nach Steuersündern geht. Mithilfe der Satellitenbilder konnte nachgewiesen werden, dass in einer Region im Norden Griechenlands nicht 121 steuerlich gemeldete Swimmingpools existieren, sondern an die 1700. Manche Poolbesitzer bekamen davon Wind und verdeckten ihre Pools – vielfach schon zu spät.

Gemäß Eurostat oszilliert die griechische Staatsschuld seit 1995 einmal leicht unter, einmal über 100 Prozent Verschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung. Die Staatsschuld hat sich daher in den 10 Jahren vor der Krise nicht reduziert. Während 2005 die Staatsverschuldung bei etwa 100 Prozent des BIP lag, kletterte sie im Zuge der Krise bis zum Jahr 2010 auf stolze 142%. Wir lernen daraus, dass die Griechen im letzten Jahrzehnt ihre Staatsschulden auf einem konstant hohen Niveau gehalten haben. Die Schuldenexplosion der letzten fünf Jahre war dadurch unmöglich zu verkraften. Man könnte

sagen, Griechenland habe sich alleine an die Klippe gestellt, hinuntergestoßen wurde es von der Krise. Die Griechen hätten es nicht notwendig gehabt, es soweit kommen zu lassen. Es darf daher nicht überraschen, wenn nach jahrelangem Verschlafen einer ordnungsgemäßen Fiskalpolitik Maßnahmen getroffen werden, um einer ernsthaften, öffentlichen Finanzgebarung zu entsprechen und diese Schritte nach Jahrzehnten des Müßiggangs nun schmerzen.

Es kann daher nicht gesagt werden, die Griechen könnten nichts für ihre Lage. Richtig ist, dass die ArbeitnehmerInnen, BeamtInnen und PensionistInnen wenig bis nichts dafür können, dass jetzt ihre Gehälter und Pensionen massiv beschnitten werden. Ihnen ist immer die Einkommensteuer direkt vom Arbeitseinkommen abgezogen worden, ganz im Gegenteil zu den Selbstständigen und Unternehmern, sowie Eliten, die es sich wie beschrieben immer richten konnten.

Alle griechischen Bevölkerungsschichten stehen in der Verantwortung, die Hauptlast haben dafür jedoch nicht die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, sondern die Selbstständigen und Freiberufler, sowie die privilegierten Geld- und Vermögensebenen zu tragen. Dennoch trifft die Hauptschuld für die Einnahmenmisere der Griechen den Staat und damit das gesamte Wahlvolk. Jahrelang hatte der griechische Staat sanktionslos dabei zugehört, wie seine BürgerInnen Steuern hinterzogen haben.

### AUSTRITT AUS DER EUROZONE?

In der Öffentlichkeit werden derzeit viele Modelle diskutiert, welche Optionen für Griechenland und Europa zur Lösung der Staatsschuldenkrise bereitstünden. Eine Option, die oft zu hören ist, wäre ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone.

Da eine politische Union in Europa schon früh gescheitert ist, hat man offensichtlich versucht, selbige durch eine unvernünftig angelegte Währungsunion zwischen inkompatiblen Volkswirtschaften zu erzwingen. Sollte etwas in der Wäh-

rungsunion schiefehen, wie dies jetzt der Fall ist, wären wir ohnehin zu einer fiskalischen Zusammenarbeit verdammt, die letztendlich in eine politische Union mündet. Diese Rechnung geht momentan nicht auf, da die Interdependenzen immer noch komplizierter zu vermitteln sind als die einfachen Phrasen der Rechtspopulisten. Anders ausgedrückt: die Bürgerinnen und Bürger kann man für eine Vernunftfehe nur »begeistern«, wenn sie leichter zu erklären ist als jetzt.

Würde Griechenland aus der Eurozone austreten, so hätte es den Vorteil, seine Währung abwerten zu können und somit seine Exporte relativ zu anderen Handelspartnern zu verbilligen und anzukurbeln. Damit wäre die griechische Exportwirtschaft über Nacht wettbewerbsfähig. Gleichzeitig würden sich jedoch auch die Einfuhren massiv verteuern und damit den Inlandskonsum noch weiter abwürgen. Der Vorteil der Abwertung wäre nur kurzfristig gültig, bis sich der Kurs wieder nach oben anpasst. Eine Reihe von 4 bis 5 Abwertungen wären daher notwendig.

Wichtigstes Motiv, warum ein Umstieg auf die Drachme nicht klug wäre, ist jedoch, dass die Schulden Griechenlands weiterhin auf Euro lauten und auf Grund eines ungünstigen Wechselkurses Drachme-Euro über Nacht auch die Schulden Griechenlands sprunghaft ansteigen würden. Welcher private Investor soll nach einer Währungsumstellung mehr Vertrauen in die griechische Finanzgebarung haben, wenn Griechenland plötzlich nicht nur 140% Staatsverschuldung, sondern 180% oder gar 200% Verschuldung in Prozent des BIP zu verzeichnen hat?

## SCHULDENSCHNITT KEINE OPTION

1. Hohe Zinsen und keine Währungsautonomie: Das *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* in Düsseldorf legt dar, dass eine Umschuldung bestenfalls ein Zeitgewinn für Griechenland wäre. Erfahrungen mit Staatspleiten in lateinamerikanischen Ländern hätten gezeigt, dass der Preis für einen Schuldenschnitt ein weiterer Vertrauensverlust der Fi-

nanzmärkte ist, der zu starken Risikoaufschlägen für künftige Kredite führt. Die Schuldenquote kann jedoch nur sinken, wenn die Wachstumsrate eines Landes unter der Zinsbelastung liegt. Nach einem Schuldenschnitt wäre es jedoch sehr wahrscheinlich, dass der Zinssatz auf Staatsanleihen über der Wachstumsrate liegt und damit der gewonnene, niedrigere Schuldenstand durch hohe Zinsbelastungen schnell wieder nach oben schnellen würde.

Von Erfolg gekrönt wäre ein Schuldenschnitt nur dann, wenn die Märkte von der wirtschaftlichen Zugkraft des Landes überzeugt wären. Diese könnte Griechenland nur durch eine Währungsabwertung erreichen, die es auf Grund seiner Euromitgliedschaft nicht durchführen kann.

2. Auch Anleihen anderer Euroländer würden kostspieliger: Ein Schuldenschnitt hätte zur Folge, dass die Finanzmärkte nun auch bei anderen Euroländern Schuldenschnitte für möglich halten, wodurch die Risikoaufschläge für alle Euroländer steigen dürften. Auf diese Weise würden auch Länder wie Österreich oder Deutschland zusätzlich zur Kasse gebeten. Dieser Fall zeigt ganz deutlich, dass selbst ein Schuldenschnitt von Griechenland – also ein Nichtstun von Seiten Österreichs – die Österreicherinnen und Österreicher Geld kostet. Abgesehen davon würden erhöhte Risikoaufschläge die anderen klammen Eurostaaten wiederum in Probleme bringen, wodurch weitere Hilfspakete für andere Staaten nicht auszuschießen wären.

3. Risiko einer EZB-Pleite und einer neuen Bankenkrise: Grundsätzlich sei angemerkt: Die Europäische Zentralbank hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die EZB propagiert, es sich zur Hauptaufgabe gemacht zu haben, Preisstabilität zu gewährleisten und unabhängig zu agieren. Es ist ihr untersagt, Staaten direkt zu finanzieren, indem sie Staatsanleihen kauft. Diese Vorgabe hat die EZB im Zuge der Krise elegant umschifft, indem sie nicht direkt Staatsanleihen bei der Erstemission gekauft hat, sondern sie hat die besagten Anleihen auf

dem Marktplatz, dem Sekundärmarkt, erstanden. EZB-Chefökonom Stark verteidigte die EZB Anfang Juni gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters damit, dass sie nunmehr seit drei Monaten keine griechischen Staatsanleihen mehr am Sekundärmarkt gekauft habe. Jene griechischen Staatsanleihen, die sie zu Marktpreisen gekauft hat, habe sie mit Abschlägen in die EZB-Bilanz aufgenommen. Trotzdem bleibt nicht nur ein schaler Nachgeschmack, sondern auch eine unglaubliche Handlungsweise der EZB, die auch Risiken mit sich bringt.

In den Bilanzen der EZB finden sich momentan 444 Mrd. Euro an Anleihen, die von schwächelnden Eurostaaten wie Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien gehalten werden. Die EZB hat 40 bis 50 Mrd. Euro an griechischen Staatsanleihen gezeichnet und etwa 140 bis 150 Mrd. Euro als Kredit an griechische Banken vergeben. Im Fall eines Schuldenschnitts für Griechenland, bei welchem den Hellenen die Hälfte ihrer Schulden erlassen werden, würde die EZB zwischen 44 und 65 Mrd. Euro verlieren und damit nahezu selbst insolvent werden. Weitere Verluste durch andere Schuldenstaaten könnte sie nicht mehr verkraften.

Zuallererst müsste daher im Fall eines Schuldenschnitts die Europäische Zentralbank durch die nationalen Notenbanken, also die Nationalstaaten und in Folge die jeweiligen Steuerzahler gemäß ihrer EZB-Anteilsquoten rekapitalisiert werden. Österreich würde daher im Fall eines Schuldenschnitts nicht nur höhere Aufschläge auf Staatsanleihen zahlen, sondern auch dafür zahlen, dass die EZB rekapitalisiert wird. Die weitere Option, um die EZB zu rekapitalisieren, wäre noch inakzeptabler (v. a. für Deutschland und Österreich): Druckerpresse anwerfen und Geld drucken und damit eine Inflationsspirale anwerfen, die unkontrollierbar würde.

4. Risiko einer neuen Bankenkrise: Banken aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben viele Milliarden in Anleihen der Krisenländer investiert. Wenn in Griechenland ein Schuldenschnitt um 50% vorgenommen würde, würde dies

gemäß Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung aus Düsseldorf allein die deutschen Banken mit mehr als 25 Milliarden Euro belasten. Auch anderen Banken könnten von einem Schuldenschnitt hart getroffen werden, was eine neue Bankenkrise losbrechen könnte. Dadurch könnten neue Bankenrettungspakete notwendig werden, die wiederum die SteuerzahlerInnen belasten.

Auch Griechenlands Banken wären bei einem Schuldenschnitt Pleite. Sie halten in hohem Ausmaß griechische Staatspapiere. Abgesehen von den befürchteten, europaweiten Schockwirkungen auf das Bankensystem, müssten vom klammen griechischen Staat daher noch zusätzlich die eigenen Banken aufgefangen werden.

Was die österreichischen Banken betrifft, kann die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage vom 16. Mai 2011 als Beleg herangezogen werden. Demnach betragen die Forderungen österreichischer Kreditinstitute und Versicherungen gegenüber Griechenland im Mai 6,5 Mrd. Euro. Selbst im Fall eines Schuldenschnitts geht die Österreichische Nationalbank davon aus, dass ein Teilverlust für die österreichischen Gläubiger verkraftbar wäre. Als problematisch werden jedoch allgemein die schon angesprochenen, ungewissen Schockwirkungen angesehen.


### SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wenn ein Schuldenschnitt nicht hilft und auch ein Austritt aus der Eurozone keinen Sinn ergäbe, was können wir dann tun? Fest steht, Österreich hat von der Europäischen Union und dem Euro gemäß Schätzungen der Österreichischen Nationalbank massiv profitiert. Eigene Berechnungen basierend auf Zahlen der OeNB ergeben, dass alleine seit der Euro-Mitgliedschaft Österreich durch ein Mehrwachstum von 18 Mrd. Euro und damit durch ein Mehr an Steuereinnahmen und Sozialleistungen von 7,7 Mrd. Euro profitiert hat. Tatsache ist auch, dass es für alle führenden europäischen Politiker ein offenes Geheimnis war, dass Griechenlands Budgetzahlen



falsch waren und Griechenland wurde trotzdem in die Eurozone aufgenommen.

Es ist daher ein Gebot der Stunde, Verantwortung zu übernehmen und Griechenland über die schwierige Zeit mit Notkrediten und Garantien auszuhelfen, bis sich Griechenland soweit stabilisiert hat, um vielleicht 2013 wieder auf den Kapitalmarkt zurückzukehren. Alle anderen Maßnahmen wären weitaus teurer und können unabsehbare Schockwirkungen nach sich ziehen. Wir sollten in dieser Frage keinesfalls zocken und darauf vertrauen, dass ein Schuldenschnitt schon gut gehen werde. Wir dürfen nicht aus Zorn auf fahrlässige Griechen, wild gewordene Finanzmärkte und unfähige Ratingagenturen die Augen vor den Problemen eines Mitgliedslands der EU verschließen.

Sowohl die ökonomische Vernunft als auch die europäische Solidarität gebieten, dass wir Griechenland momentan unterstützen müssen. In guten Zeiten von der EU zu profitieren und sich in schlechteren Zeiten nicht seiner Verantwortung zu stellen, geht nicht! 

**BERNHARD BAUER**

ist Mitglied des Wirtschaftspolitischen Clubs.

Die dargelegten Inhalte entsprechen nicht der Meinung des Clubs, sondern der Privatmeinung des Autors.



NAGATANI 1986

PATRICK NAGATANI  
CINEMA II, DETAIL FROM THE IMAGE: ALAMOGORDO BLUES  
1986, POLAROID SPECTRA  
© PATRICK NAGATANI



# Teure Nahrungsmittel – Windmühlenkampf oder seriöse Lösung?


**Hubertus Hofkirchner antwortet** auf Helene Schubert's Plädoyer gegen die Finanzialisierung der Rohstoff- und insbesondere der Nahrungsmittelmärkte (siehe ZUKUNFT 06/2011).

**D**er Schlussartikel der letzten ZUKUNFT schließt mit dem Satz: »Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.« Dieser schreckliche Vorwurf soll implizieren, dass eine im Artikel behauptete jüngste »Finanzialisierung« der Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel durch »neue« Finanzinstrumente an diesen sterbenden Kindern schuld sei.

Jetzt fällt aber zumindest dem wirtschaftsinteressierten Leser sogleich auf, dass in Wahrheit Rohstoffbörsen und Warentermingeschäfte keinesfalls ein jüngeres Phänomen sind, sondern schon seit Jahrhunderten existieren. Wir wissen um die frühen Warenbörsen in Amsterdam und die ersten Terminbörsen in Chicago 1859. Liest man dann – stutzig gemacht – den Artikel mit kritischem Auge nochmals, so fällt auf, dass die angeblichen Zusammenhänge in einem völlig datenfreien Raum behauptet werden, so als hätten die vergangenen Jahrhunderte nicht ein Universum an gut verwertbaren Zahlen geliefert, als gehörten nicht gerade die Börsen zu jenen Institutionen, die Tag für Tag eine wahre Datenflut produzieren.

Wir sollten diesen Datenschatz bei der Diagnose der wahren Gründe der Hungers sterbenden Kinder aber wohl besser verwenden, sonst gleichen wir den Quacksalbern des Mittelalters, die ihren sterbenden Patienten verbissen den Aderlass verordneten, obwohl die nachfolgend real auftretenden Todesfälle eigentlich Zweifel an der Nützlichkeit dieser »Medizintechnik« hätten wecken sollten. Eine solche Untersuchung der realen Daten der letzten Jahrhunderte wurde aber 2005 veröffentlicht: In »Futures Prices and Volatility« untersucht der kanadische Wirtschaftsprofessor David Jacks ganze 16 Perioden, in denen verschiedene Arten von Warentermingeschäfte an verschiedenen Börsen begonnen oder gestoppt wurden. Und er fand heraus, dass ohne Börsenhandel die Volatilität von Agrarrohstoffen nicht sinkt, sondern – im genauen Gegensatz zum landläufigen Vorurteil – sogar tendenziell steigt (s. Chart). So wurde etwa die Volatilität der Zwiebel,

für die es weltweit keine Futuresbörse mehr gibt, untersucht und man konnte unschwer sehen, dass ihre Volatilität höher liegt als jene der börsengehandelten Agrarrohstoffe.

Leider könnte es noch viele Jahre dauern, bis alle Ökonomen und Politiker das zur Kenntnis nehmen und ihre Kraft endlich den wahren, fundamentalen Ursachen des Hungers der Welt zuwenden, etwa der politischen Einflussnahme auf Produktionsflächen, dem Protektionismus, oder fahrlässigen Verzerrungen der Nachfrageseite, z. B. durch schlecht durchdachte Biosprit-Förderungen. Aber jedes einzelne Kind, das bis dahin verhungert, mögen sich moralisch jene zuschreiben, die trotz der Faktenlage weiter nur zum Windmühlenkampf gegen die empirisch daran unschuldigen Handelsinstitutionen rufen, statt endlich die wahren Probleme hinter den überhöhten Nahrungsmittelpreisen anzugehen. 

**HUBERTUS HOFKIRCHNER**

ist Ökonom und Blogger in Wien. Er forscht im Bereich der Experimentellen Wirtschaftswissenschaften an grundlegend verbesserten Preisfindungsmechanismen, Web 2.0 Prognosesystemen und Wegen zur E-Democracy.

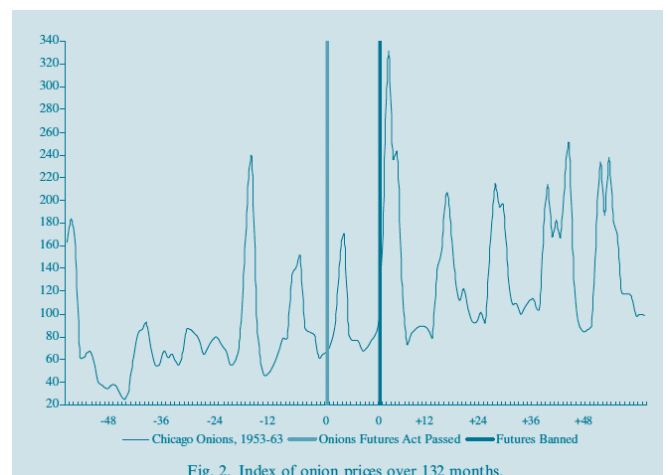


Fig. 2. Index of onion prices over 132 months.



STEPHEN SHORE  
**UNTITLED**  
1979, POLAROID TYPE 808  
8 X 10"  
© STEPHEN SHORE

# Replik

Helene Schubert reagiert auf die Kritik von Hubertus Hofkirchner zu ihrem Schlusswort in der Ausgabe 06/2011

**H**ofkirchner suggeriert in seinem Kommentar, es gäbe eine – von mir favorisierte – populäre Sicht über Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln, die in strengem Widerspruch zu objektiven, datenbasierten wissenschaftlichen Analysen stünde. Letztere würden eindeutig belegen, dass Futuresmärkte Preisschwankungen reduzieren und nicht erhöhen. Meine Behauptungen bewegten sich im »datenfreien Raum«. Ich beschränke mich in meiner Replik auf drei Punkte:

1. Meine Argumentation bezieht sich vor allem auf die Periode seit Mitte des letzten Jahrzehntes, in der die Finanzialisierung, die Integration der Agrarrohstoffmärkte in das Finanzmarktgeschehen, durchaus fundamental begründete Preisentwicklungen erheblich verstärkt, ein Phänomen, das durch innovative Handelssysteme und -instrumente, wie etwa den Hochfrequenzhandel oder Rohstoffindizes, gefördert wird. Als Indexhändler treten dabei Pensionsfonds, Hedgefonds oder *Sovereign Wealth Funds* auf.

Da Finanztransaktionen in einem überwiegend »datenfreien Raum« abgewickelt werden, ist eine empirische Beweisführung für die These spekulationsgetriebener Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln in den letzten Jahren tatsächlich schwierig. So werden zwar seit 2008 die Höhe der Positionen, die Händler eingehen, in etwas stärker disaggregierter Form veröffentlicht, allerdings in einer Form, die es nach wie vor nicht erlaubt, Kausalitätstests durchzuführen. Zahlreiche Studien sind daher deskriptiv-statistischer Natur, beruhen auf anekdotischer Evidenz, auf Schätzungen der Abweichung der Preise von sogenannten Gleichgewichtswerten oder auf theoretischen Überlegungen. Letztere füllen die akademischen Zeitschriften, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Während der Mainstream behauptet, dass Futurespreise vom derzeitigen

Marktpreis getrieben sind und diese wiederum von Fundamentalfaktoren, gibt es Hinweise auf Rückwirkungen der Futurespreise auf Spot-Preise: Investoren horten (langlebige) Rohstoffe, wenn der Futurespreis den Spot-Preis übersteigt und treiben damit Preise in die Höhe. Darüber hinaus gelten die Futurespreise allgemein als Referenzwerte für die Preise auf dem Spotmarkt (z. B. in langfristigen Verträgen). Denkbar wären auch sich selbst verstärkende dynamische Rückkopplungsprozesse. Eine Angebotsverknappung (z. B. Exportverbot Russlands) führt zu überaus starken Preisausschlägen nach oben, wodurch es zu einem stärkeren Zufluss von Finanzkapital in die Terminmärkte und zu noch stärkeren Preisausschlägen kommt.

2. Der von Hofkirchner zitierte Aufsatz von Jacks aus dem Jahr 2007 ist aus mehreren Gründen nicht tauglich, um die These von durch Finanzmarktaktivitäten induzierten höheren Preisschwankungen zu widerlegen. Die untersuchten historischen Beispiele, die alle vor der Periode der Finanzialisierung angesiedelt sind, betreffen zumeist Episoden extremer Beschränkungen bzw. gar Schließung von Futuremärkten für Agrarrohstoffe. Maßnahmen, die heute niemand ernsthaft ins Treffen führt. Vorschläge, die heute diskutiert werden, sind hingegen Limits der Höhe der eingegangenen Positionen mit einem spezifischen Rohstoff für börslichen und außerbörslichen Handel sowie Limits für Händler,<sup>1</sup> Transparenz (Meldung sämtlicher Daten an Transaktionsregister) und eine Erhöhung der Transaktionskosten, entweder durch eine Finanztransaktionssteuer und/oder durch höhere Einschusspflichten und Sicherheiten.

Auch sollen Aufseher ermächtigt werden, bestimmte Finanzinstrumente temporär zu verbieten. Die gesetzliche Grundlage für einige dieser Maßnahmen wurde in den USA

1. Medienberichten zufolge erwarb der Hedge Fond Armajaro in Erwartung steigender Preise im Juli 2010 um eine Mrd. Dollar ca. 25% des Bestands an Kakaobohnen. Dies entsprach etwa 7% der Weltjahresproduktion. Positionslimits würden derartige die Marktmacht und Preise beeinflussende Praktiken begrenzen. Siehe: This Hedge Fund Sure Has a Sweet Tooth for the Cocoa Market, Daily Finance, 20 July 2010.
2. Eine Literaturübersicht findet sich in Matheson (2010).


mit dem im Juli 2010 verabschiedeten Dodd-Frank Act geschaffen, in der Europäischen Union werden Regulierungsinitiativen derzeit verhandelt. Bei der von Jacks gewählten Untersuchungsmethode handelt es sich um simple statistische Verfahren, die es nicht erlauben, mögliche makroökonomische Einflussfaktoren auf die Schwankungen von Agrarrohstoffpreisen zu berücksichtigen. Die elegante Einbindung in ein Modell mit rationalen Erwartungen, in dem Futuresmärkte Preisschwankungen reduzieren, kann dieses Manko auch nicht beheben. Angesichts der vorhin erwähnten Regulierungsvorschläge scheinen die zahlreichen Studien relevanter, die Episoden veränderter Transaktionskosten auf Preisschwankungen untersuchen.

Die Ergebnisse dieser Studien sind nicht eindeutig und sie beziehen sich ausschließlich auf kurzfristige Preisschwankungen, während längerfristige Preisausschläge für unsere Fragestellung wichtiger sind. Einige der Untersuchungen deuten auf steigende, andere auf sinkende Preisschwankungen als Folge eines Anstiegs der Transaktionskosten und damit einhergehender Verringerung der Liquidität hin.<sup>2</sup> In wenig liquiden Märkten führt eine das Handelsvolumen beschränkende Regulierung zu höheren Preisschwankungen, während in hochliquiden Märkten Herdenverhalten und Kurzsichtigkeit von Investoren zu spekulativen Übertreibungen und somit zu erheblichen Abweichungen der Preise von ihren fundamentalen Werten führen können. Eine Beschränkung des Handelsvolumens senkt Preisschwankungen in diesen Märkten.<sup>3</sup> Die Vorstellung, (überbordende) Liquidität in Märkten sei immer wohlfahrtssteigernd, wurde bereits von John Maynard Keynes als Fetisch entlarvt.<sup>4</sup>

3. Finanzialisierung ist nicht nur aufgrund damit verbundener höherer Preisschwankungen problematisch. Es wurden Finanzinstrumente entwickelt, die den Preisbildungsprozess von (Agrar-)rohstoffen von jenen anderer Finanzmärkten abhängig machen. Die hohe Interdependenz von Märkten, die eigentlich physisch wenig miteinander zu tun haben, führt

3. In einer von der Bicchetti et al. (2011) durchgeführten Studie gaben einige Händler an, dass sie zunehmend aus dem Markt gedrängt werden, da die Kosten der Absicherung (durch Einschusspflichten) aufgrund der hohen Preisschwankungen zu hoch werden.
4. »Of the maxims of orthodox finance none, surely, is more anti-social than the fetish of liquidity and the doctrine that it is a positive value on the part of institutional investors to concentrate their resources on the holding of *liquid securities*« (Keynes 1936).

zur Gefahr von Übertragungswirkungen des Finanzsektors auf die reale Wirtschaft, wenn sich zum Beispiel ein *bubble* gleichzeitig in verschiedenen Vermögenswerten aufbaut (siehe z.B. Tang und Xiong, 2010; Philips and Yu, 2010). Diese jüngst beobachteten Phänomene haben nichts mit effizienter Preisbildung zu tun. Effiziente Preisbildung bedarf eines regulatorischen Rahmens, der die ausreichende Versorgung der Märkte mit Liquidität und Absicherung gegen Risiken ermöglicht, aber spekulative Übertreibungen verhindert.

Lässt man vier Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise die Regulierungsinitiativen in der Europäischen Union Revue passieren, so ist die Bilanz dürrftig: Zwar kann man auf zahlreiche Initiativen verweisen, die Reformen sind jedoch moderat, wie selbst hochrangige VertreterInnen der Europäischen Kommission angesichts der Groteske um die Rolle der Ratingagenturen und deren im Frühjahr 2009 implementierte Regulierung, die damals auf Geheiß von »*wise men committees*« äußerst schwach ausfiel, eingestehen mussten. Derzeit besteht die Notwendigkeit, eine kompromisslose und konsequente Regulierung der Rohstoffmärkte einzufordern. In einem Punkt gebe ich Hofkirchner Recht. Die Nahrungsmittelkrise ist nicht nur durch Regulierung zu bewältigen. Das ist aber ohnehin jedem klar. 

**HELENE SCHUBERTH**  
arbeitet als Ökonomin in Wien.

#### LITERATUR

**Bicchetti David, Heiner Flassbeck, Jörg Mayer and Katja Rietzler** (2011), Information and its role for price formation in financialized commodity markets, Geneva. | **Keynes, John M.** (1964), The General Theory of Employment, Interest, and Money, New York and London: Harcourt Brace Jovanovich. | **Matheson, Thornton** (2010), »Taxing Financial Transactions: Issues and Evidence«, International Monetary Fund Working Paper, March. | **Philips, P. and Yu, J.**: »Dating the Timeline of Financial Bubbles During the Subprime Crisis« (May 2010). | **Tang, Ke and Wei Xiong** (2010), »Index investment and financialization of commodities«, NBER Working Paper 16385.

# Geld, Opportunismus & Lügen

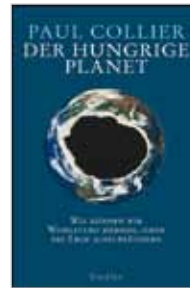


## Alexander Kluge DAS BOHREN HARTER BRETT

Politik, sagt Kluge, ist ein besonderer Aggregatzustand alltäglicher Gefühle. Sie ist überall. Sie bewegt private Lebensläufe ebenso wie die Öffentlichkeit. Und so behaupten sich in seiner Geschichte neben den Großen auch die Kleinen,

Unbekannten, fast Namenlosen: Elfriede Eilers neben Perikles und Putin und die in 700 Meter Tiefe versunkenen chilenischen Bergleute neben Napoleon.

**SUHRKAMP**, 336 Seiten, 25,60 Euro



## Paul Collier DER HUNGRIGE PLANET

Unter unserem verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen leiden vor allem die Entwicklungsländer, denn von Umweltzerstörung, Nahrungsmittelkrisen und Klimawandel sind sie besonders stark betroffen. Wie ist es möglich, den

ärmsten Ländern zu helfen, die ständig wachsende Weltbevölkerung zu versorgen und unsere Lebensgrundlagen dennoch zu schützen?

**SIEDLER**, 272 Seiten, 23,70 Euro



## Jacques Le Goff GELD IM MITTELALTER

Nicht zwischen materiell Armen und Reichen verläuft im Mittelalter zunächst der entscheidende soziale Unterschied, sondern zwischen hohem und niederm Stand. Im ausgehenden Mittelalter nimmt die Bedeutung des Geldes zu: in der konkreten Ökonomie ebenso wie in

den Köpfen der Menschen. Damit kann der wirtschaftliche Wandel einsetzen.

**KLETT-COTTA**, 279 Seiten, 23,60 Euro

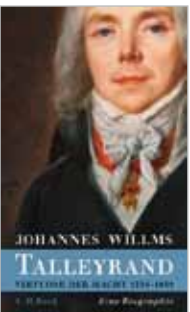


## Bettina Stangneth EICHMANN VOR JERUSALEM

Die Autorin räumt mit einer Fülle von Nachkriegslegenden auf und enthüllt, wie der Menschheitsverbrecher Adolf Eichmann nach dem Krieg ein unbehelligtes Leben führen konnte – obwohl sein Aufenthaltsort und auch sein Deckname seit 1952 bekannt waren.

Lügen der Nachkriegszeit werden entlarvt. Die Probleme der Demokratisierung Deutschlands werden in einem neuen Licht gezeigt.

**ARCHE**, 656 Seiten, 41,10 Euro



## Johannes Willms TALLEYRAND

Talleyrands Opportunismus mit seinen geradezu mythischen Dimensionen hat ihm bis heute bei den Historikern eine schlechte Presse und heftige moralische Verurteilungen eingetragen. Anders als das gängige Bild vom skrupellosen Verräter porträtiert Johannes Willms Talleyrand

erstmals jenseits aller Klischees als Phänotyp seiner Zeit – einer Epoche gewaltiger sozialer und politischer Umbrüche.

**C. H. BECK**, 384 Seiten, 27,70 Euro



## Stéphane Hessel ENGAGIERT EUCH!

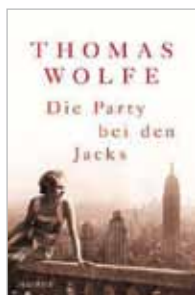
Im Gespräch mit dem jungen Journalisten Gilles Vanderpooten vertieft der ehemalige Diplomat seine Vorstellung von einem engagierten Leben. Eine komplexer gewordene Welt, so Hessel, erfordert komplexe Strategien. Wir müssen handeln, und zwar mit den Mitteln der Demokratie. Dazu gehören die Beteiligung an Protesten, internationale Zusammenarbeit sowie persönliches Engagement im Kleinen.

**ULLSTEIN**, 64 Seiten, 4,20 Euro



Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

# New York, Grönland & Bosnien



**Thomas Wolfe**  
DIE PARTY BEI DEN JACKS

Wolfe führt uns mitten hinein in die Glamourwelt der Schönen und Reichen. Starlets und Damen von Welt, Broker und Magnaten, Privatiers und Parvenüs geben sich auf einer Penthouse-Party die Ehre. In stakkatohaften Sequenzen fängt Thomas Wolfe den Rhythmus einer rastlosen Metropole ein, in der der Tanz ums goldene Kalb immer unberechenbarere Formen annimmt.

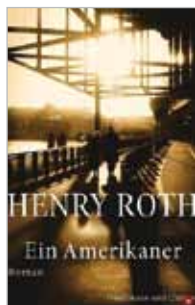
MANESSE, 352 Seiten, 25,70 Euro



**Anna Kim**  
INVASIONEN DES PRIVATEN

Anna Kim blättert die Kolonialgeschichte Grönlands auf, eine Kolonialgeschichte, die so unerbittlich und so erniedrigend für seine Bewohner ablief wie jede andere koloniale Geschichte und die zu beschädigten Identitäten führte und zu einer Kultur, die unter Zwang und unter großen Verlusten zustande kam. Was bedeutet es hier, Dänisch oder Grönländisch zu sprechen oder anders auszusehen?

DROSCHL, 112 Seiten, 15 Euro



**Henry Roth**  
EIN AMERIKANER

Henry Roths erster Roman wurde 1934 zu einem großen Erfolg. Es folgten sechs Jahrzehnte der Schreibblockade, bis er mit über achtzig Jahren zum Schreiben zurückkehrte. In »Ein Amerikaner« lässt Roth nicht nur die dreißiger Jahre in Amerika wiederaufleben, sondern setzt auch seiner Ehefrau, der Pianistin und Komponistin Muriel Parker, ein Denkmal.

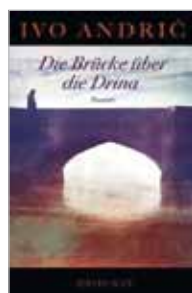
HOFFMAN UND CAMPE, 384 Seiten, 23,70 Euro



**Gerhard Roth**  
ORKUS

»Orkus« ist ein autobiographischer Roman, in dem das Leben des Autors mit dem seiner Figuren auf faszinierende Weise verschmilzt. Es ist die Essenz eines Schriftstellerlebens: ein Buch über das Wesen des Menschen, die Wahrnehmung der Welt, die Suche nach einer anderen Wirklichkeit. Eine lange Reise zu den Toten und der grandiose Versuch, das Leben zu verstehen, ohne es zu zerstören.

S. FISCHER, 672 Seiten, 25,70 Euro



**Ivo Andrić**  
DIE BRÜCKE ÜBER DIE DRINA

Dieser historische Roman erschien 1945 und hat den Weltruhm von Ivo Andrić begründet, der 1961 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Erzählt wird von einer Brücke, die bei Wischegrad, einer Stadt in Bosnien nahe der Grenze zu Serbien, über die Drina führt. Dort, im Herzen Bosniens, treffen sich seit Jahrhunderten die Menschen. Die Brücke verbindet und trennt Orient und Okzident.

ZSOLNAY, 496 Seiten, 26,70 Euro



**Michail Schischkin**  
DAS VENUSHAAR

Warum haben Sie Asyl beantragt? Diese Frage muss der namenlose Erzähler mehrfach täglich ins Russische übersetzen. Er arbeitet als Dolmetscher für die Schweizer Einwanderungsbehörde bei Vernehmungen von Flüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion. Doch beim Übersetzen des fremden Leids legt sich seine eigene Lebensgeschichte wie eine zweite Schicht um die Worte.

DVA, 560 Seiten, 25,70 Euro

# Längerer Urlaub? Sinnvoll und leistbar!

**W**olfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-DJP, ist jüngst mit der Forderung nach einer Verlängerung des Urlaubsanspruchs um eine Woche an die Öffentlichkeit getreten und bei der Arbeitgeberseite prompt auf Ablehnung gestoßen: Österreich sei ohnehin schon Urlaubsweltmeister und eine Ausweitung würde die Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

Tatsächlich ist das Ausmaß des Urlaubsanspruchs im europäischen Vergleich hoch, ebenso die Zahl der gesetzlichen Feiertage. Doch für die Frage der Wettbewerbsfähigkeit ist das nur zum Teil relevant, denn entscheidend sind die davon beeinflussten Arbeitskosten je Person oder Stunde nur in Relation zur Produktivität der Arbeitskraft. Vor allem in der Industrie, die im internationalen Wettbewerb steht, steigt die Produktivität je Arbeitsstunde stetig und kräftig, im Durchschnitt um 4 Prozent pro Jahr. Die Arbeitskosten je erzeugter Einheit, die Lohnstückkosten, sind deshalb real in den letzten Jahrzehnten in Relation zu den Handelspartnern gesunken, die Wettbewerbsfähigkeit hat sich deutlich erhöht.


Diese hohe preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich immer dann, wenn irgendwo in der Welt die Nachfrage nach Industrie- und vor allem Investitionsgütern zu steigen beginnt: Sofort steigen die Auftragseingänge bei den österreichischen Exporteuren und die Produktion legt zu, wie etwa zuletzt in dem von den asiatischen Schwellenländern getriebenen Konjunkturaufschwung von Mitte 2009 bis Mitte 2011.

Wie würde also eine Verlängerung des Urlaubsanspruchs um eine Woche die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen? Eine Woche mehr Urlaub entspricht einer Arbeitszeitverkürzung um 2%. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen erwarten,

dass dies mittelfristig zu etwa zwei Drittel in einem Anstieg der Produktivität der Arbeitskräfte pro Stunde und zu etwa einem Drittel in mehr Beschäftigung münden würde. Die Lohnstückkosten würden also um ein Drittel von 2%, also 0,7% steigen. Dieser minimale Kostenanstieg für die Unternehmen müsste in den Lohnverhandlungen Berücksichtigung finden.

Eine Verlängerung des Urlaubsanspruchs um eine Woche würde die Zahl der Beschäftigten um etwa 0,7% erhöhen, das wären mehr als 20.000 zusätzliche Jobs. Damit wäre die Maßnahme ein wertvolles Instrument zur Bewältigung der Kosten der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise auf dem Arbeitsmarkt: Noch immer liegt die Zahl der Arbeitslosen um etwa 50.000 über dem Niveau vor der Krise.

Noch wichtiger: Mehr Urlaub stellt eine besonders vernünftige Form des Bemühens dar, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Früchten des hohen Wohlstands unserer Gesellschaft zu beteiligen. Diese Beteiligung muss angesichts der im internationalen Vergleich hohen durchschnittlichen Einkommen pro Kopf nicht nur in einer Erhöhung der Realeinkommen bestehen, sondern könnte eben auch in Form zunehmender Freizeit konsumiert werden. Dies wäre auch angesichts der aus ökologischen Gründen ohnehin notwendigen Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs sinnvoll.

Insgesamt sprechen viele sozial-, beschäftigungs-, wirtschafts- und umweltpolitische Argumente für eine Verlängerung des Urlaubsanspruchs. 

**MARKUS MARTERBAUER**  
arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.



